

Stenographischer Bericht

über die

9. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 28. Jänner 1919.

Inhalt:

Petitionen.

Auflage (Beilagen Nr. 63, 64, 65, 66, 67 und 68).

Zuweisung des Berichtes des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Einführung der Wahlpflicht für die Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung (Beilage Nr. 62) an den Ausschuß für Gemeinde- und Verfassungsangelegenheiten.

Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 30, mit Vorlage einer Novelle zum Gesetze vom 18. Jänner 1872, L.-G.-Bl. Nr. 8, über die Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer (Beilage Nr. 57). — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses und des Resolutionsantrages des Abgeordneten Fizia und Genossen).

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 41, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an der allgemeinen Elektrizitätsversorgung in demselben im Wege gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen. — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses, sowie des kombinierten Zusatzantrages der Abgeordneten Dr. Dantke und Prisching, und des Resolutionsantrages des Abg. Einspinner.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde-Ausschusses

1. über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 45, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbachwald im Gerichtsbezirke Srdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 504 Prozent im Jahre 1919;

2. über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 46, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Preditz im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 356 Prozent im Jahre 1919;

3. über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 47, über das Ansuchen der Ortsgemeinde

Graudorf im Gerichtsbezirke Judenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 320 Prozent im Jahre 1919;

4. über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 48, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Reißstraße im Gerichtsbezirke Judenburg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 494 Prozent im Jahre 1919. — (Annahme der vier Anträge des Gemeindeausschusses.)

Mündlicher Bericht des Gemeindeausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 38, betreffend die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe in der Stadtgemeinde Knittelfeld. — (Annahme des Antrages des Gemeindeausschusses.)

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 42, mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, womit Vorschriften über den Bau von Alenhäusern für das Land Steiermark, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, erlassen werden. — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 50, betreffend die freie Verbindung des deutschösterreichischen Staates mit dem Meere. — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Franz Tauschmann und Genossen, Beilage Nr. 54, in Angelegenheit der Überprüfung der Geschäftsgebarung der von der steiermärkischen Staatshalterei geleiteten landwirtschaftlichen Betriebe. — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses sowie des Zusatzantrages des Abg. Tauschmann.)

Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Berger, Riemer, Stocker, Wagner und Genossen, Beilage Nr. 56, betreffend die Ausführung von Notstandsbauten. — (Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses sowie des Zusatzantrages des Landesrates Dr. Gargitter.)

Mündlicher Bericht des Gemeindevorstandes über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 43, betreffend die Veräußerung eines der Stadtgemeinde Graz gehörigen Grundstückes. — (Annahme des Antrages des Gemeindevorstandes.)

Mündlicher Bericht des Gemeindevorstandes über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 44, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einhebung von Beerdigungsgebühren. — (Annahme des Antrages des Gemeindevorstandes und des vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Freiherrn von Panz, Beilage Nr. 52, betreffend die Rückwerbung des Kronfideikommissgutes Eisenerz von den fürstlich Hohenberg'schen Erben. — (Annahme des Antrages des Abg. Muchitsch und des Zusatzantrages des Landesrates Dr. Eisler sowie des Antrages des Verfassungsausschusses als Eventualantrag.)

Mündlicher Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Malik und Genossen, Beilage Nr. 60, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Landesgrenzen gegen die fortgesetzten Einbrüche und das Vordringen der Jugoslawen in das geschlossene deutsche Landgebiet. — (Annahme des Antrages des Verfassungsausschusses.)

Abwesenheitsanzeigen.

Beantwortung der Interpellation der Abg. Berger und Genossen, betreffend die Einstellung des Baues der Schmalpurbahn Birkfeld — Reitenegg durch den Landeshauptmann.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Min. nachmittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Wilhelm Edler von Raan und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Pongraf.

Schriftführer: Die Abgeordneten Karl Engelhofer, Reinhard Machold und Dr. Gottlieb Tunner.

Landeshauptmann: Hohes Haus! Ich eröffne die 9. Sitzung der laufenden 3. Tagung der Landesversammlung.

An Einlauf sind eingelangt:

Eine Anfrage der Abgeordneten Tomaschik und Genossen, in Angelegenheit der bereits wiederholt erörterten Abgänge beim Verpflegsamte der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg.

Eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dankine und Genossen, betreffs Verfügungen rücksichtlich der Schüler der vierten Jahrgänge der Kadettenschulen.

Die Anfragen werden seinerzeit verlesen und der Beantwortung unterzogen werden.

Weiters sind verschiedene Petitionen eingelangt, darunter eine von der Handels- und Gewerbekammer Graz, um Förderung des Ausbaues der steierischen Wasserkraft. Sie ist im wesentlichen gleichlautend, wie die von der Handels- und Gewerbekammer in Leoben überreichte und wird in die Berichterstattung über die beiden Vorlagen wegen Ausbaues der Wasserkraft einzubeziehen sein.

Weiters ist eingelangt eine Petition der Ärztekammer um Erhöhung der ärztlichen Armenhonorare, und

endlich eine Petition des „Währungs-Schutzes“, des Vereines zur Erhaltung des Volksvermögens, um Unterstützung der Bestrebungen des Vereines, betreffs Sicherung der Staatsanleihen (Kriegsanleihen) und Schutz der Banknoten.

Die übrigen Petitionen betreffen Einzelangelegenheiten.

Zur Tagesordnung hat sich zunächst gemeldet Herr Abgeordneter Malik. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Malik: Hohes Haus! Am 20. d. M. hat eine Beratung über einen Antrag von mir vor der Landesversammlung stattgefunden, und zwar eine sehr lange Beratung. Sie wurde am Nachmittag des 20. von 3 Uhr nachmittags durch viele Stunden fortgesetzt. Der Antrag von mir hat eine mehrmalige Abänderung erfahren, um schließlich am 21. vormittags in einer neuerlichen Versammlung in eine Interpellation umgewandelt zu werden, welche die Zustimmung der Koalition der Landesversammlung nicht gefunden hat, weil mein Name darauf stand. Unter dem Eindrucke der Ablehnung dieser Interpellation von mir wurde beschlossen, daß im Einvernehmen aller drei Parteien der Landesversammlung eine Interpellation gemacht werde. Das war die Interpellation Wastian und die kam im Hause zur Verhandlung. Meinen Antrag, den ich ursprünglich gestellt hatte, habe ich nunmehr als selbständigen Antrag eingebracht. Derselbe wurde auf die heutige Tagesordnung als Punkt 15 gesetzt. Angesichts der Vorkommnisse, die mittlerweile stattgefunden haben, glaube ich, daß dieser Antrag als erster Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden soll, und bitte um Annahme meines Antrages, der dahin geht, daß dieser mein Antrag Punkt 15 als erster Verhandlungspunkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde.

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Malik hat den Antrag gestellt, den auf der heutigen Tagesordnung als letzten Punkt erscheinenden Antrag als ersten Punkt in der Tagesordnung zu behandeln. Eine

Wechselrede hat über diesen Antrag nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht stattzufinden. Ich glaube, eine Unterstützungsfrage nicht stellen zu sollen, weil es sich um eine geschäftsordnungsmäßige Frage handelt. Ich ersuche daher diejenigen, welche sich für den Antrag des Herrn Abgeordneten **Malik** aussprechen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es ist dies nicht die Mehrheit. Es bleibt bei der vorgesehenen Tagesordnung.

Ich habe noch zu verkünden, daß heute aufgelegt sind der Antrag der Abgeordneten **Dr. Gargitter**, **Herz**, **Wassian** und Genossen, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Lehrer und Lehrerinnen auf steirischem Boden im Machtbereiche des Staates SHS (Beilage Nr. 63), der bereits zugewiesen ist, ferner

der Antrag der Abgeordneten **Vinzenz Muchitsch** und Genossen, betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Betriebsbeamten (Beilage Nr. 64);

Antrag der Abgeordneten **Riegler** und Genossen betreffend die Erwirkung einer günstigeren Zugverbindung für den Gerichtsbezirk Neumarkt in Steiermark (Beilage Nr. 65);

Antrag der Landtagsabgeordneten **Tausk**, **Neufuß** und Genossen, betreffend eine zeitgemäße Änderung der allgemeinen Dienstbotenordnung für Graz (Beilage Nr. 66);

der Antrag der Abgeordneten **Dr. Schacherl**, **Gföhler**, **Fohringer**, **Regner** und Genossen, betreffend Enteignung des Großgrundbesitzes in Steiermark (Beilage Nr. 67),

und der Antrag der Landtagsabgeordneten **Tausk**, **Lindner** und Genossen, betreffend eine zeitgemäße Änderung der allgemeinen Dienstbotenordnung für Steiermark mit Ausschluß der Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 68).

Ich werde zunächst bis zur nächsten Sitzung zuwarten, ob ein Antrag auf eine erste Lesung gestellt wird. Sollte das nicht der Fall sein, so werde ich die Zuweisungen vornehmen.

Es hat sich weiters zum Worte gemeldet der Herr Landesrat **Dr. Schacherl** zur Stellung eines Antrages zur Geschäftsordnung. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Schacherl: Ich stelle den Antrag, daß der Bericht des Landesrates, betreffend die Einführung der Wahlpflicht, Beilage Nr. 62, gemäß § 29 der Geschäftsordnung, einer ersten Lesung unterzogen werde.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Doktor **Schacherl** hat beantragt, die Vorlage des Landes-

rates, betreffend Einführung der Wahlpflicht, Beilage Nr. 62, einer ersten Lesung zu unterziehen. Ich bitte diejenigen, welche sich für den Antrag aussprechen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt. Ich werde daher die Zuweisung an den Ausschuß für Gemeinde- und Verfassungsangelegenheiten ex praesidio vornehmen.

Wir können nunmehr in die Tagesordnung eingehen.

Als erster Punkt der Tagesordnung erscheint die Fortsetzung der Wechselrede über den Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 30, mit Vorlage einer Novelle zum Gesetze vom 18. Jänner 1872, L.-G.-Bl. Nr. 8, über die Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer (Beilage Nr. 57) und damit zusammenhängend und gemeinsam geführt der

mündliche Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 41, betreffend die Beteiligung des Landes Steiermark an der allgemeinen Elektrizitätsversorgung in demselben im Wege gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen.

Ich möchte zunächst eine formale Frage erledigen. Wie ich aus dem stenographischen Protokolle der letzten Sitzung, in deren zweiten Teile ich abwesend war, entnommen habe, wurde die Generaldebatte zu Ende geführt, jedoch formal durch eine Abstimmung nicht abgeschlossen. Es ist auch zweifelhaft, ob das Schlußwort, welches der Herr Berichterstatter ergriffen hat, eine Stellungnahme zum Verfassungsantrage bedeutet oder ob es das Schlußwort zur Generaldebatte war. Ich möchte die Anfrage stellen, ob es sich nicht mit Rücksicht auf den Gegenstand empfehlen würde, die Generaldebatte wieder aufzunehmen, nicht in der Form, daß der Berichterstatter neuerlich Bericht zu erstatten habe, sondern als reine Fortsetzung der neulich abgeführten Wechselrede. (Nach einer Pause.) Es wird kein Widerspruch erhoben.

Ich erteile dem Herrn Landesrat **Dr. Threr** das Wort.

Landesrat Dr. Threr: In der Frage der Ausnützung unserer Wasserkräfte hat sich in der letzten Sitzung ein überraschender Gegensatz herausgebildet, umso überraschender, als bisher sämtliche Beschlüsse im Landesrate und in dem für die Vorarbeiten bestellten Subkomitee einstimmig gefaßt wurden, umso überraschender, als auch über die Verhandlungen mit den Industriellen ein Herr des sozialdemokratischen Klubs

im Landeskrate referierte und das Resultat dieser Verhandlungen, das wir in der Beilage Nr. 41 vor uns haben, zur Annahme empfahl. Es muß sich daher jeder objektiv denkende Mann fragen, woher kommt dieser Umschwung? Die Beantwortung dieser Frage liegt außerhalb des Gesichtspunktes des hohen Hauses, und zwar in der Versammlung der steirischen Ingenieurkammer. Meine Herren! Wenn man nun die Rede eines unserer Partei vollkommen ferne stehenden Herrn dazu benützt, um nicht bloß den bösen Christlichsozialen ein auf's Zeug zu flicken — das läßt sich ja ertragen, denn wir beurteilen jeden Angriff darnach, von welcher Seite er kommt —, wenn man aber die Rede eines außerhalb der Landesversammlung und außerhalb des Landeskrates stehenden Herrn benützt, um in einer Sache, die nicht nur einstimmig beschlossen wurde, sondern deren Annahme sogar als Referent empfahl (Rufe: „Hört!“), nunmehr den gegenseitigen Standpunkt zu vertreten, dann, meine Herren, muß dies abermals Überraschung hervorrufen. (Rufe: „Gewiß!“) Wir können uns dies nur dadurch erklären, daß die Herren Sozialdemokraten unter dem Eindrucke der Rede des Herrn Advokaten Dr. Rintelen zu der Annahme gekommen sind, daß wir Christlichsozialen nicht wüßten, daß Herr Dr. Rintelen als Vertreter der Interessen der steirischen Industrie pflichtgemäß eben deren Interessen zu vertreten hat. Die Herren Sozialdemokraten scheinen dabei vollkommen übersehen zu haben, daß wir Christlichsozialen uns ganz selbstverständlich von ganz anderen Beweggründen bei unserer Stellungnahme leiten lassen. Wir sind uns klar, daß wir die Interessen des Landes unbedingt vorziehen müssen, sogar wenn es uns in einen sichtlichen Widerspruch mit den von Dr. Eisler zitierten Parteigenossen Weißkirchner und Steiner setzt. Um nun den Standpunkt meiner Partei klar zu bestimmen, habe ich folgendes zu eröffnen: Die Versorgung des Volkes mit billigem elektrischen Strom ist eine wirtschaftliche, soziale, oft kulturelle Aufgabe von eminentester Bedeutung. In Erkenntnis dieser Situation hat auch schon vor Jahren, am 12. Jänner 1910, das damalige Mitglied des Christlichsozialen Landtagsklubs Dr. Puchas einen von ihm eingebrachten Antrag auf Ausbau und Ausnützung der steirischen Wasserkräfte begründet. Der Antrag wurde dem Finanzausschusse zugewiesen und blieb schließlich, wie so vieles anderes, in einem Ausschusse, ich glaube im Wasserrechtsausschusse, stecken. Wir wollen und dürfen nun heute nicht wieder ein Leichenbegängnis veranstalten. (Zustimmung.) Die prinzipielle Stellung meiner Partei in dieser Frage ist Ihnen bekannt aus unserer

programmatischen Erklärung und sie zeigte sich darin, daß wir es waren, die im November des verflossenen Jahres eine Novelle zum Wassergesetz einbrachten. Ich möchte mich nun hüten, die Sache zu einem Parteipolitikum zu machen, wir stehen vielmehr auf dem Standpunkte, daß es in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Sorgen nicht nur das einzelne Individuum schwer bedrängen, sondern auch die große Allgemeinheit zu erdrücken drohen, eine Katastrophe wäre, wenn wir hier nicht unser Interesse, und damit meine ich in erster Linie das Interesse des Landes, voll und ganz wahrnehmen könnten. (Zustimmung bei der Christlichsozialen Partei.) Wenn es eine über die ganze Welt verbreitete Tatsache ist, daß sich Frankreich zur Zeit als die Deutschen in die Hauptkohlenzentren eingebrochen waren, vor dem unbedingten Zusammenbruche nur durch den schnelligsten Abbau der weißen Kohle retten konnte, so muß dies auch den indifferentesten Laien die Augen öffnen.

Die Frage der Ausnützung der Wasserkräfte, die anders gefaßt lautet: wie stehts mit der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Steiermarks? tritt gerade in diesen schweren Monaten mit elementarer Gewalt an uns heran.

Und in dieser Frage, meine Herren, müssen sich Fachleute, Arbeiter, Bauer, Gewerbetreibender, Industrieller und alle übrigen Stände auf einer gemeinsamen Plattform treffen, auf der Plattform positiver Arbeit. (Beifall.) Was wir Christlichsoziale also verlangen, ist nicht nur Ausnützung der Wasserkraft, sondern sofortiger Beginn der Arbeit.

Diese Forderung ist diktiert von der kurzen Überlegung: Wie stünde es mit unserer Wirtschaft, wenn man mit der Zeit gehend und nicht nachhumpelnd unsere Wasserkräfte vor Jahren schon ausgebaut hätte? (Rufe: „Sehr richtig!“) Sie ist diktiert von dem Pflichtbewußtsein, den Schrei der Bevölkerung zu beantworten.

Auch in diesem Punkte begrüßen wir die Novelle, weil sie uns Gelegenheit bietet, dem Lande die ihm gebührende Vormacht gegenüber anderen Interessenten, welcher Richtung immer, zu sichern in der Form gemischtwirtschaftlicher Unternehmung, allerdings in entsprechender Durchführung, das heißt, bei erster und in voller Berücksichtigung des Landesinteresses.

Warum wir nun für das gemischtwirtschaftliche System sind? deshalb, weil es die guten Eigenschaften der privaten Unternehmungen, den Motor von allem

nämlich, die Unternehmungslust, das Verantwortungsgefühl, die Initiative unter öffentlicher Kontrolle zur höchsten, das Allgemeinwohl nur fördernden Entwicklung bringt. Ein Monopol in dieser Form kann man sehr wohl einen Landesbetrieb nennen, der sich der Vorteile des kaufmännischen Geschäftsgebarens kapitalistischer Unternehmungen zu eigen macht, ohne daß daraus eine Gefahr für die Allgemeinheit entsteht. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß, wenn wir auf das Land gewartet hätten, wir jetzt noch bei Fackelbeleuchtung sitzen würden. Man muß auch so objektiv sein, einzusehen, daß es das Privatkapital war, das wagemutig die Elektrizitätsversorgung schließlich rentabel gemacht hat. Mit der reinen Privatwirtschaft nun geht Hand in Hand die große Gefahr der ausschließlichen Beherrschung der Kraftversorgung und Kraftverteilung, die Schaffung eines privatwirtschaftlichen Monopoles, wogegen wir uns selbstverständlich wahren müssen.

Nehmen wir dagegen den entgegengesetzten Fall eines Reichselektromonopoles zum Beispiel: Nicht mit Unrecht wird für diesen Fall in einer Landesschrift darauf hingewiesen; gegen die Einführung eines solchen in jeglichem Zeitpunkte sprechen nicht nur der enorme Kapitalsaufwand zum Ankauf aller bisher bestehenden Werke, der Gründe usw., sondern auch der riesige Beamtenapparat, das Fehlen des freien Wettbewerbes, die mangelnde Initiative, die unbedingte Langsamkeit in der Ausnützung technischer Fortschritte und nicht zuletzt der Amtsschimmel und der Bürokratismus. Ähnliche Gegengründe sind auch in der Jetztzeit und unter den jetzigen Umständen gegen ein Landesmonopol anzuführen. Selbstverständlich hindert nichts daran, das gemischtwirtschaftliche Unternehmen, das ist also die direkte Beteiligung privater Unternehmungen an öffentlichrechtlichen Monopolen auch nur als Durchgangsform zur reinen Gemeinwirtschaft zu betrachten, wie das „gemischte“ System bei der erstklassigen Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Preußen nur eine Übergangsform zum reinen Staatsbetrieb bildete. Im übrigen kennen Sie unsere sonstigen Bedenken gegen einen Staatssozialismus und gegen die Übertragung des Gedankens vom Staatssozialismus aufs Land.

Der springende Punkt gegen das Übergewicht des Privatkapitals ist nicht die Beteiligung privater Kapitalisten. Dadurch wird auch der gemeinwirtschaftliche Charakter der Einrichtung nicht erledigt. Der springende Punkt ist der, daß das Privatkapital nicht das Übergewicht und die Entscheidung in der Verwaltung erhält. (Zustimmung.) Gerade mit dem Worte Großkapitalismus wird wohl wie mit kaum sonst einem

Worte herumgeworfen; halten wir uns die Realität, die Wirklichkeit vor Augen und wir müssen uns sagen, daß zur Zeit ohne Heranziehung privaten Kapitals sich ja überhaupt keine großen öffentlichen Betriebe errichten lassen, weder staatliche, noch kommunale. Wenn wir auf rein staatlicher oder kommunaler Grundlage große Einrichtungen schaffen wollen und wenn wir wollen, daß sie ihren Zweck, nämlich Erfolg, erreichen, so müssen wir doch wieder Kapitalien von privaten Besitzern aufnehmen und diesen gehörige Zinsen zahlen (Rufe: „Sehr richtig!“), das heißt also einen Teil des Gewinnes geben. Die direkte Beteiligung, also des privaten Kapitals, ist nur eine andere Form der Ruhbarmachung des Kapitals, die nicht umgangen werden kann, soweit sich dieses eben noch im wesentlichen in privaten Händen befindet. Jedenfalls aber kann, je nach der Form, die das Unternehmen erhält, der gemeinwirtschaftliche Charakter auch beim sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmen vollständig gewahrt bleiben. Diese Ansicht vertreten ja auch Leute, die für die weitestgehendste Sozialisierung in allem sind, beziehungsweise ist sie den Darlegungen dieser entnommen.

Wie stehts nun in Wirklichkeit, meine Herren? Ich muß hier kurz, um eine vollständige Klarstellung herbeizuführen, mich etwas mit den Wiener Verhältnissen befassen, wo also das Gegenteil der gemischtwirtschaftlichen Betriebsform, nämlich die kommunale, so hervorragend und weltbekannt gut gewirtschaftet hat. Ich muß dazu bemerken, daß für die Kommunalisierung in Wien ganz andere Verhältnisse maßgebend waren. Wir müssen uns vor Augen halten, daß es sich in den Verhältnissen zu den Ländern um ein bedeutend kleineres Territorium handelt, das einen kleineren konzentrierten Betrieb ermöglichte. Es waren dort die privaten Betriebe schon vorhanden, die modernisiert und ausgestaltet wurden; wir aber müssen im gegebenen Falle bis auf einen Bruchteil alles neu schaffen. Wien verfügte außerdem über einen Riesenapparat im Stadtmagistrate mit seinen geschulten Kräften. Es waren außerdem schon vorhanden die Erfahrungen, die man in anderen Städten gemacht hatte und was sich als wirtschaftliches Axiom herausgestellt hat, daß die Kommunalisierung von Verkehr und Beleuchtung sich auf das Beste bewährt hat, soweit die Einrichtungen hiefür zum größten Teile übernommen werden konnten. Schließlich und endlich muß zu den Wiener Verhältnissen zugestanden werden, daß eine Sozialisierung durch eine Gemeinde nicht gleich bedeutend ist mit der eines überhaupt noch nicht bestehenden Landesbetriebes. (Zustimmung.)

Von den deutschen Bundesstaaten nun, meine Herren, ist in der einheitlichen Ausnützung der Elektrizität und in der einheitlichen Elektrizitätsversorgung Bayern an der Spitze marschiert und gerade hier hat sich das gemischtwirtschaftliche Unternehmen auf die höchste Stufe entwickelt. (Rufe: „Hört! Hört!“). Man hielt es eben so wie wir zu riskant, die Sache allein zu übernehmen, man wollte aber auch dieses Risiko nicht den Kreisen und Gemeinden überlassen und man wollte nicht auf die Mitwirkung der Elektrizitätsgesellschaften und der Industrie, die langjährige Erfahrungen besitzen und leistungsfähig sind, verzichten.

Ich brauche schließlich wohl auch nicht auf die sicherlich allgemein bekannte Tatsache hinweisen, daß Salzburg in den allerletzten Tagen ebenso zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb in der Elektrizitätsausnützung und Versorgung übergegangen ist.

Hohes Haus! Um also zusammenzufassen: Wir sehen im Ausbau der Wasserkräfte die Verwirklichung einer alten Forderung unseres Programmes, einer Forderung, die dahin geht, daß alle Naturschätze unserer Heimat, und darunter in erster Linie die Wasserkraft, wenn zwar auch ein Gesamtinteresse dem Staate nicht abzusprechen ist, in erster und vorzüglichster Linie dem Lande zugute kommen müssen. (Rufe: „Bravo!“) Unser Parteimitglied Staatsrat Schöiswohl hat vor kurzem über unsere Aufforderung beim Staatskanzler Dr. Renner interveniert, ein Memorandum überreicht und die positive Zusage bekommen, daß den Landesinteressen größtes Entgegenkommen gesichert wird. Unser Landesrat, davon sind wir überzeugt, wird die Kraft haben, dies auch durchzusetzen. Aus all diesen Gründen sprechen wir uns insbesondere, weil wir nicht papierene Beschlüsse, sondern eine Tat sehen wollen, und weil uns dafür das gemischtwirtschaftliche Unternehmen die ehebaldigste Vollendung dieses Riesenwerkes von 500 Millionen verspricht, für die Vorlage aus. Wir erklären aber, daß wir selbstverständlich gerne und pflichtgemäß bereit sind, allem vorzubeugen, was den Landesinteressen nachteilig sein könnte. Wenn also die vom seinerzeitigen Landesauschuß und vom jetzigen Landesrate über Antrag des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pongraz beschlossene Vorlage dem nicht genüge tut, so sind wir für jede weitere Sicherstellung der Landesinteressen nicht nur pflichtgemäß, sondern gerne zu haben. Deshalb haben wir, um jede mögliche Objektivität zu wahren, bei der letzten Sitzung den Antrag auf Vertagung gestellt. (Beifall auf Seite der Christlichsozialen.)

Landesrat Dr. Gargitter: Hohe Versammlung! Sehr erfreulicher Weise herrscht unter den Parteien dieses

hohen Hauses und in der ganzen Bevölkerung über die Hauptfrage volle Einmütigkeit und die Hauptfrage ist doch die, daß die steirischen Wasserkräfte ausgebaut, und so rasch als möglich ausgebaut werden sollen. Eine weitere Frage, über die wir auch vollständig einig sind, ist, daß diese wertvollen Naturschätze in erster Linie unserem eigenen Lande zugute kommen sollen. Auf diesem Gebiete haben sich allerdings bereits Differenzen ergeben. Sie berühren die Frage, ob mehr oder minder zentralistisch oder separatistisch. Ich möchte aber diese Streitfrage hier nicht weiter streifen, weil ich glaube, daß durch die vom Ausschusse beantragte Entschliebung auch in dieser Frage volle Befriedigung erzielt werden kann. Denn diese Entschliebung sagt, daß wir dem Staate geben, was des Staates ist, und daß andererseits das Land in Anspruch nimmt, was es mit Recht in Anspruch zu nehmen hat. Diese Entschliebung ist von den Sozialdemokraten beantragt und von uns, da sie unseren Ansichten vollkommen entspricht, ohne weiters übernommen worden. Eine wesentliche Meinungsverschiedenheit herrscht allerdings zwischen der Mehrheit dieser Versammlung und einer Partei derselben über die Frage, in welcher Form der Ausbau der Wasserkräfte in Erscheinung zu treten hätte, ob als gemischtöffentliches Unternehmen oder als privates Unternehmen. Ich konstatiere mit Nachdruck, daß es niemandem eingefallen ist, den reinen privaten Betrieb zu vertreten. Es ist niemand unter uns, der sich auf den Standpunkt stellt, der Ausbau der Wasserkräfte sei überhaupt besser dem Privatkapitale zu überlassen. Ich glaube, daß das Landesinteresse, das zu vertreten wir alle in gleicher Weise verpflichtet sind, auch bei der Form einer gemischtöffentlichen Unternehmung vollkommen gewahrt wird, und ich werde später noch darauf zurückkommen, wie wir diese Interessen zu wahren haben werden. Nun in dieser strittigen Frage der wirtschaftlichen oder rechtlichen Form dieses Unternehmens hat der Sprecher der sozialdemokratischen Partei in der letzten Sitzung in scharfer Weise Stellung genommen gegen die gemischtöffentliche Form und ist auch zu Angriffen übergegangen gegen jene, welche diese Form des Unternehmens vertreten. Noch viel schärfer spricht sich in seiner Berichterstattung das hiesige Organ der sozialdemokratischen Partei in dieser Richtung aus, indem es von einer Auslieferung der Wasserkräfte an das Großkapital spricht, und davon, daß das Vermögen des Landes in die Hände von jüdischen und christlichen Großspekulanten gespielt werden soll, uns Schrittmacher des Großkapitals nennt, einen Handstreich des

Großkapitals gegen die Interessen des Landes und eine Versippung des Großkapitals mit den Christlich-sozialen und Deutschnationalen behauptet.

Gegenüber dieser Art und Weise, eine verschiedene Meinung zu charakterisieren, muß ich hier denn doch einige Feststellungen vornehmen. Ich muß hier feststellen, wie es schon Herr Kollege Dr. Uhrer in kurzen Worten getan hat, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkte im Stadium der Vorberatung über diese Frage unter allen Parteien der Landesversammlung volle Einmütigkeit geherrscht hat, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkte keine andere Meinung vertreten wurde, als die, daß die beste Form der Verwirklichung dieser großen Idee die des gemischtöffentlichen Unternehmens sei. Sowie wir für das gemischtöffentliche Unternehmen waren, und im Zusammenhange damit für die Gründung einer diesbezüglichen Gesellschaft zwischen Land und Industrie, so waren bei den Vorberatungen auch die Vertreter der Sozialdemokraten dafür. Ich werde dies an der Hand der Vorlage nachweisen. (Lebhafte Zwischenrufe seitens der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Der Herr Abg. Muchitsch hat nicht das Wort. Bitte den Herrn Redner fortreden zu lassen. (Abg. Muchitsch: „Sagen Sie das den anderen Herren. Die haben auch nicht das Wort.“) Der Vorsitzende hat immer das Recht, eine Bemerkung zu machen. (Abg. Muchitsch: „Die Herren haben nicht das Wort. Bitte nicht einseitig den Vorsitz zu führen.“) Bitte fortzufahren.

Landesrat Dr. Gargitter (fortfahrend): Ich werde gleich den Unterschied in der Haltung der Sozialdemokraten in der ersten Vorberatung und später dartun. Ich möchte anführen, daß in der Gesetzesnovelle nur der § 4 strittig ist, weil in der Fassung des Landesrates die gemischtwirtschaftliche Form vorgesehen ist, und möchte feststellen, daß bei den Verhandlungen des Landesrates, die auch zur Einsetzung eines Unterausschusses geführt haben, schließlich über die Fassung, wie sie in der ursprünglichen Vorlage vorliegt, also mit der Beteiligung der Unternehmungen volle Einmütigkeit erzielt wurde. Ein Gesetzesentwurf, für den eine Partei gestimmt hat, der kann doch nicht vom Hause aus schlecht sein, er kann höchstens später Bedenken hervorgerufen haben. Was die zweite Vorlage anlangt, betreffend die Errichtung des Unternehmens und Beteiligung des Landes an demselben, so ist diese Vorlage zuerst in der Landesarbeitsstelle für Steiermark beraten worden. Wie der Herr Landes-

rat Dr. Uhrer richtig bemerkt hat, hat der Führer der Sozialdemokraten das Referat geführt und hat Anträge vertreten, die mit einer Abschwächung nunmehr in der Vorlage niedergelegt sind. Es wurde in der Landesarbeitsstelle von sozialdemokratischer Seite vertreten, daß die seinerzeitige Vereinigung zwischen dem Lande und dem Konsortium der Industriellen vom neuen Landesrate übernommen werde. Es wurde zugestimmt, daß eine Gesellschaft m. b. H. von dem Konsortium und dem Lande zu gründen sei und es wurde zugestimmt, daß gleichzeitig die Vorbereitungen zur Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft zu treffen seien. Dieser letztere Antrag ist erst im Landesrate fallen gelassen worden, und weiters ist erst im Landesrate zu einer gewissen Sicherung der Landesinteressen das Verlangen betreffend Einflußnahme des Landes auf alle Tarife hinzugekommen. Die diesbezügliche Änderung stammt meines Erachtens nicht von sozialdemokratischer Seite. Ich stelle das fest, um dagegen zu protestieren, daß eine Partei, die zuerst gefunden hat, daß es gut sei, nun es so hinstellt, als ob es von Anfang an schlecht gewesen wäre. Man kann Leuten, die vom Anfang bis zum Ende die gleiche Meinung haben, nicht den Vorwurf machen, daß sie die Landesinteressen verraten (Rufe: „So ist es!“), wenn man selbst der Meinung war, daß der gewählte Weg gangbar sei. Daß eine Schwenkung von 180 Grad vorliegt, kann nicht bestritten werden. Herr Dr. Rinkelen hat in der Rittersaalversammlung nicht nur seinen Auftraggebern, sondern auch der guten Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Wenn man wirtschaftliche Dinge besprechen will, soll man nicht Politik treiben und wenn man Politik treibt, soll man davon etwas verstehen. (Rufe: „Sehr gut!“) Diese Rede mag für die sozialdemokratische Partei die Sache erschwert haben, weil sie einen politischen Beigeschmack hatte. Was sich geändert hat, ist höchstens die politische Rückwirkung, was sich aber nicht geändert hat, ist die Sache selbst. Deshalb bietet die Rede des Dr. Rinkelen keinen Anlaß, die Haltung zu revidieren, sie bietet mir nicht einmal Anlaß, in meiner Vorsicht weiterzugehen, als ich überhaupt zu gehen beabsichtigt habe. Ich möchte konstatieren, daß bis zu dieser Versammlung der einzige, der opponiert hat, meine Wenigkeit war, und meine Opposition hat sich auf das beschränkt, daß sich den autonomen Städten auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens unter allen Umständen ihre Rechte gewahrt wissen wollte. Ich habe diesen Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten und durchgesetzt, was mich

besonders gefreut hat, weil Graz mit seiner Schwesterstadt Marburg den Plan hat, ein großes Elektrizitätswerk auszubauen.

Nun möchte ich zu der Frage selbst Stellung nehmen, ob der gemischtwirtschaftliche Betrieb beim Lande zu empfehlen ist oder nicht. Dieselbe Frage ist wiederholt in der Stadtgemeindevertretung aufgetaucht, die sich mit der Elektrizitätsfrage befaßt hat und gegen die mit Unrecht der Vorwurf erhoben worden ist, daß sie in dieser Frage nicht weitergekommen ist. Ich kann nur versichern, wir hätten für die Stadt ein solches Werk ausgebaut, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre. Ich war in der Stadtgemeinde immer ein Gegner des gemischtwirtschaftlichen Betriebes. Ich werde dies auch fernerhin sein, so lange ich in der Gemeinde zu reden habe, weil die Dinge in der Stadt anders liegen als beim Lande. Die Stadt ist eine hervorragende Konsumentin elektrischer Energie, sie ist es, hervorragender als das Land, weil sie ein größeres Bedürfnis an Strom hat für ihre eigene Wirtschaft und sie ist auch vom Gesichtspunkte verschiedener Verwaltungszweige wesentlich daran interessiert, die Versorgung mit Licht und Kraft in die eigene Hand zu nehmen, weil diese Versorgung in innigem Zusammenhange mit dem Straßenbau, Verkehrsfragen, Baufragen u. dgl. steht. Das trifft beim Lande in diesem Ausmaße nicht zu. Die Stadt ist im Besitze eines gesicherten Absatzgebietes für das selbständige Elektrizitätswerk, weil es sich um die Versorgung des Lichtbedürfnisses und Kraftbedürfnisses der Konsumenten und vieler kleiner Betriebe handelt, und weil für eine Stadt, die ein eigenes monopolistisches Elektrizitätswerk hat, eben stets der Absatz gesichert ist, soferne sie nicht ein zu großes Werk baut. Das ist beim Lande anders. Ich halte es für riskant, ein riesiges Unternehmen auf alleinige Landeskosten auszubauen, ohne sicher zu sein, daß man für dasselbe die Rentabilität aufbringt. Diese ist nur gewiß, wenn der Absatz gesichert ist. Nun kann man sagen, wenn das Land die elektrischen Kräfte in Steiermark ausbaut, so wird die Industrie gezwungen sein, den Strom beim Lande zu beziehen. Das wird bis zu einem gewissen Grade zutreffen, aber man kann die industriellen Unternehmungen auch mit Kohle führen und die Industrie wird den elektrischen Strom nur dann benützen, wenn er billiger kommt, als die Kohle. Wenn das Land sich mit der Industrie nicht verständigen würde, so könnte es dazu kommen, daß große industrielle Unternehmungen des Landes ihr Kraftbedürfnis auf andere Weise, insbesondere außer Landes, decken. Es erscheint daher bei einem der-

artigen Riesenunternehmen, wo das Land mit einem Kapital beteiligt ist, welches, wenn das Land allein auftritt, für den Landeshaushalt eine ausschlaggebende Rolle spielt, wünschenswert, daß es von Anfang an auf sichere Grundlagen gestellt werde. Um noch einen Unterschied zwischen Stadt und Land zu berühren, so ist die Stadt ein kleiner Verwaltungskörper, der minder schwerfällig ist, während das Land ein großer Verwaltungskörper ist, der eben schwerfälliger sein muß. Damit wird dem Verwaltungsapparat kein Vorwurf gemacht, es liegt die Schwerfälligkeit in der großen Ausdehnung des Verwaltungsgebietes. Ich fürchte, wenn der Antrag der Sozialdemokraten, das Land habe die Wasserkräfte allein auszubauen, angenommen wird, daß dann Zeit vergehen wird und wieder Zeit, und daß der Ausbau der Wasserkräfte noch lange eine bloße Hoffnung bleiben wird. (Abg. Schöiswohl: „Die Arbeitslosen wollen Arbeit haben!“) Ich habe nicht die Hoffnung, daß das Land imstande ist, ein derartiges Unternehmen mit der nötigen Energie anzugehen, daß wirklich in rascher Zeit Taten geschehen werden. Was das Wichtigste ist, in der Frage, ob das Land sich bloß beteiligen soll, das beantwortet sich dahin, ob es möglich ist, die Interessen des Landes bei einer solchen Form zu sichern. Diese Möglichkeit ist gegeben. Ich versichere, daß ich mich wie die anderen Mitglieder des Landesrates bei Beratung des betreffenden Statutes mit allem Nachdrucke für die volle Wahrung der Interessen des Landes einsetzen werde. Bei der Gesellschaft kommt es darauf an, wie stark man beteiligt ist. Da vertrete ich den Standpunkt, das Land habe sich mindestens mit der Hälfte zu beteiligen. Ferner kommt es darauf an, wie man in der geschäftsführenden Körperschaft, im Verwaltungsrate, vertreten ist. Da stehe ich auf dem Standpunkte, daß das Land mehr als die Hälfte der Stimmen haben müsse. Endlich kommt es darauf an, welcher Einfluß auf die Stellung der Tarife besteht. Leute, die dem ganzen Gedanken nicht wohl gesinnt waren, haben betont, es handle sich darum, daß die Großindustrie sich auf diesem Wege einen äußerst billigen Strompreis sichert, den die anderen Kraft- und Lichtkonsumenten zu bezahlen hätten. Dagegen gibt es einen Schutz in der Richtung, daß das Land sich den bestimmenden Einfluß auf die Erstellung des Strompreises sichere. Das ist der springende Punkt, der Strompreis hängt ab vom Tarife. Wenn es dem Lande gelingt, die Tarishoheit zu erringen, dann ist man von vorneherein gegen kapitalistische Ausbeutung dieses Unternehmens gesichert, dann ist man in der

Lage, die Interessen des Landes wirksam zu schützen. Ich behalte mir vor, anlässlich der Spezialdebatte einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Nach diesen Ausführungen glaube ich, meinen Parteigenossen mit gutem Gewissen empfehlen zu können, für den vorliegenden Antrag zu stimmen, und zwar vorläufig für das Eingehen in die Spezialdebatte. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat **Prisching**: Hohe Landesversammlung! In der Vergangenheit wurden in diesem hohen Hause viele wirtschaftliche Fragen nicht gelöst wegen des leidlichen nationalen Streites. Dieses Hindernis ist nun, Gott sei Dank, beseitigt. Aber seit der letzten Sitzung der hohen Landesversammlung hat es den Anschein, als ob ein neues Arbeitshindernis auftauchen würde, und dieses wäre der Parteienstreit. Wir wissen, daß es alle Zeiten prinzipielle Gegensätze gegeben hat, solange es Parteien gibt. Aber dagegen müssen wir uns wahren, und mit aller Entschiedenheit wahren, daß rein wirtschaftliche Fragen auf künstliche Weise zu Parteizwecken mißbraucht werden und auf diese Weise der wirtschaftliche Fortschritt gehindert werde. Die Daseinsberechtigung dieser provisorischen Landesversammlung beruht ja in der Notwendigkeit praktischer Arbeit. Die praktische Arbeit aber besteht nicht darin, daß mit leichtem Schlagworten herumgeworfen wird oder mit graßen Durcheinanderreden über Wasserkräfte, Großkapitalismus usw. (Landesrat Dr. Schacherl: „Reden Sie mit Dr. Rinkelen?“) Das ist nicht mein Parteimann. Ich wende mich mit dieser Sache an Ihre Parteigenossen. Herr Landesrat Dr. Eisler hat ja in der letzten Sitzung in dieser Weise hier gesprochen. (Landesrat Dr. Schacherl: „Das haben wir schon dreimal gehört.“) Aber in anderer Form. Ist es Ihnen so unangenehm? (Abg. Schoiswohl: „Es wird schon dafür gesorgt werden, daß es nicht langweilig ausfällt.“) Der vorliegende Fall, die Vorlage der Wasserkräfte ist ein Beispiel dafür, wie man eine Sache macht, wenn sie augenblicklich nicht in das Parteiprogramm hineinpaßt. (Zwischenrufe seitens der sozialdemokratischen Partei.) Der Landesrat hat bei der ersten Verhandlung über die Wasserkräfte ein Subkomitee eingesetzt, welchem die Herren Landesrat Dr. Eisler, Dr. Wuffe, Dr. Gargikfer, Dr. Ahner und der Herr Landeshauptmann Dr. von Raan angehörten. Die einstimmig gefaßten Beschlüsse dieses Subkomitees sind dann im Landesrate wieder einstimmig angenommen worden. (Rufe: „Hört!“) und das Elaborat liegt uns nun in der Bei-

lage Nr. 30 wortwörtlich hier vor. Bei dieser Landesratsitzung wurde das Referat dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf übertragen, und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf saß auch im Arbeitsausschusse, der vom Bunde der Industriellen und vom Landesrate beschickt wurde. Er referierte darauf im Landesrate und auf sein Referat hin wurden diese Punkte, wie wir sie hier in der Beilage Nr. 41 finden, in dem Übereinkommen zwischen dem Konsortium und dem Landesrate angenommen. Bis hieher war die Haltung der Herren sozialdemokratischen Vertreter ganz konsequent. Nun auf einmal in der letzten Landesversammlung hat sich ein großer Umschwung vollzogen. Die Herren sozialdemokratischen Vertreter bekämpfen nun denjenigen Antrag, an dem sie zuerst selbst mitgearbeitet, den sie empfohlen und angenommen haben. Nun da frage ich mich unwillkürlich, was mag wohl die Ursache dieses Umfalles sein? Ich habe mich bemüht, aber sachliche Gründe konnte ich absolut nicht finden, vielleicht werden sie uns die Herren mitteilen. Deshalb erlaube ich mir, an die Herren von der sozialdemokratischen Partei die Frage zu stellen, ob vielleicht der Herr Staatsrat Dr. Ellenbogen in Wien diesen Unfall provoziert hat? (Rufe: „O nein. Wir werden darüber noch reden.“) Die Annahme ist immerhin nicht von der Hand zu weisen, es kommt mir fast ganz unglaublich vor, daß den Herren sozialdemokratischen Vertretern im Landesrate erst die Ausführungen des Advokaten Dr. Rinkelen, der, wie gesagt, nicht unser Parteimann ist — ich wiederhole dies ausdrücklich — daß es erst dieser Ausführungen bedurft hätte, um sich über eine Frage zu orientieren, die jahrelang schon die Öffentlichkeit von Steiermark beschäftigt hat. (Rufe: „Sehr richtig.“) Nun, weil dies nicht anzunehmen ist, so liegt die Vermutung nahe, daß es sich hier um einen Fall graßer sozialdemokratischer Parteipolitik, nicht um rein wirtschaftliche Fragen handelt. (Rufe: „So ist es!“) Ich möchte nun, um in das Meritum der Sache selbst einzugehen, folgendes bemerken und werde mir erlauben, später einen Antrag einzubringen. Es liegt der Antrag vor (liest):

„Der Landesrat wird unter der Voraussetzung der Gesehwerdung des Entwurfes, Beilage Nr. 57, ermächtigt“ — das ist die Wasserrechtsnovelle — „gemeinsam mit dem Konsortium für die Gründung der steirischen Wasserkräfte A.-G. die notwendigen Schritte zur Errichtung einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft für den Ausbau und die Verwertung der steirischen Wasserkräfte zu unternehmen

und sich an der Gründung dieser Aktiengesellschaft namens des Landes zu beteiligen. In den Statuten sind derartige Rechte des Landes zu sichern, daß es im Vereine mit sonstigen öffentlichen rechtlichen Faktoren die öffentlichen Interessen wirksam schützen und sich bis zur Hälfte am Gesellschaftskapital beteiligen kann."

Zu diesem Antrage, der aus zwei Teilen besteht, bemerke ich folgendes:

Im ersten Teile sind die Worte enthalten: „unter der Voraussetzung der Gesehwerdung des Entwurfes, Beilage Nr. 57". Ich verlange nun, daß diese Worte gestrichen werden sollen, denn sie bedeuten eine Gefahr für die ganze Angelegenheit. Denn in dem Falle, daß die Novelle die Sanktion nicht erhält, wäre die ganze Sache abgetan und begraben, also sollen diese Worte gestrichen werden.

Zu Punkt 2 habe ich folgendes zu bemerken:

Es ist ja in dem Punkte schon ausgesprochen, daß das Landesinteresse und die öffentlichen Interessen das Vorrecht haben, aber um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, und ja der Öffentlichkeit die Sicherheit dagegen zu bieten, daß der Fall eintreten könnte, daß das Konsortium dem Lande seinen Willen ausdrückt, um dies auszudrücken stelle ich den Zusatzantrag, daß im zweiten Teile des obgenannten Antrages nach dem Worte „schützen", die Worte:

„insbesondere bestimmenden Einfluß auf die Erstellung der Strompreistarife (Tarifhoheit) nehmen", eingefügt werden. Ich bitte das hohe Haus, diesen Zusatzantrag anzunehmen. (Rufe: „Bravo!")

Landeshauptmann: Bevor ich dem nächstvorgerückten Redner, Herrn Abg. Einspinner, das Wort erteile, möchte ich feststellen, daß der Antrag des Herrn Abg. Prisching eigentlich in die Spezialdebatte gehört; wenn der Herr Antragsteller dem zustimmt, werde ich den Antrag, als in die Spezialdebatte gestellt, betrachten und dort zur Abstimmung stellen.

Landesrat Einspinner: Sehr geehrte Herren! Die künftige Volkswirtschaft wird eine Verdichtung der Produktionsarbeit erfordern, damit es möglich wird, die ungeheuren Lasten des verlorenen Krieges allmählich abzutragen.

Eine wichtige Vorbedingung für jede kulturelle Entwicklung, ausgebreitet über alle Gesellschaftsschichten, ist nur erreichbar, wenn sowohl Ur- als Kunstproduktion auf Erfolg versprechende Grundlagen gestellt werden.

Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie müssen möglichst in ihren eigenartigen Erfordernissen zur Hebung ihrer gütererzeugenden Tätigkeit so gefördert werden, daß nicht die eine Produktionsgruppe gegenüber der anderen benachteiligt erscheint.

Eine Hebung der allgemeinen Zufriedenheit soll das Bestreben der Zukunftswirtschaft sein, denn dann kann auch erwartet werden, daß alle die sozialen, oft grassen Erscheinungen, welche die bisherige Wirtschaftsordnung bei den wirtschaftlich Schwächeren gegenüber den wirtschaftlich Stärkeren hervorgerufen hat, sich nach und nach abbauen.

Ein solcher Idealzustand wird vielleicht nicht ganz erreicht, doch ist die tunlichste Annäherung an denselben gewiß ein vornehmes Ziel der im Aufbau begriffenen wirtschaftlichen Organisation.

Mit den physischen Energien des Menschen allein ist die Produktionsarbeit nicht so zu fördern, daß die gewünschten Erfolge zu Tage treten. Steigend müssen daher die unbewußten Arbeitskräfte, die in der Kohle, im fließenden Wasser und in anderen Energievorräten der Natur stecken, dem Menschen dienstbar gemacht werden. Die Industrie hat dies bisher schon im hohen Grade auszunützen verstanden, Landwirtschaft und Gewerbe sind da zweifellos zurückgeblieben. Nunmehr gilt es auch diese beiden Gebiete zu beleben und die Industrie weiterhin zu kräftigen. Es gilt im zukünftigen Wettkampfe die Betriebsweisen nach allen Richtungen so zu vervollkommen, daß mit dem geringsten Kraftaufwand die höchsten Erfolge erzielt werden können. Die Grundlage wird jedenfalls eine möglichste Verallgemeinerung und Verbilligung der natürlichen Hilfsenergien verbleiben.

Durch die politische Gestaltung der Verhältnisse ist Deutschösterreich ein armes Land geworden. Es ist bemüht, sich auf seine eigenen Energiequellen zu stützen. Wir sind den Sudetenländern gegenüber ärmer an Kohle aber reicher an Wasserkraften. Wir müssen daher in der Zukunft auf die Wasserkraftausnützung ein besonderes Gewicht legen und für keinen der neuen Staaten, die aus dem alten Österreich entstanden sind, ergibt sich eine so dringende Aufgabe, einschlägige Gesetze für die Lösung des Wasserwirtschaftsproblems zu schaffen, wie für Deutschösterreich. Die Schaffung eines Reichskraftnezes, wie es Ministerpräsident Seidler wollte, hat die Aktualität verloren. Hingegen bleibt bei den neuen Vorbedingungen der Gedanke eines Zusammenschlusses der Privatunternehmertätigkeit und öffentlichen Verwaltung

zufolge wirtschaftlicher Vorteile einer derartigen Unternehmung, nach wie vor, von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Bestrebungen des Landes Steiermark, welches vorerst seine Wasserkräfte für sich, also für seine Industrien, seine Landwirtschaft und sein Gewerbe, sowie für die Elektrifizierung seiner Eisenbahnen auswerten will, erscheinen zweifellos voll berechtigt. Es ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß Steiermark unter gewissen Voraussetzungen in fernerer Zeit auch in der Lage wäre, Überschuße an Wien, welches sich hauptsächlich die dermalig ergiebigste Wasserkraftquelle in Steiermark, die Ennstufe: Gesäuseeingang-Altenmarkt, aneignen will, abzugeben. Gegenwärtig kann an diesbezügliche bindende Abmachungen nicht gedacht werden, weil Steiermark wegen des möglichen Verlustes der Draukräfte im Hinblick auf die Erfordernisse für die Hebung seiner eigenen Produktion die noch verfügbaren und dermalen im Programm aufgenommenen Enns- und Murkraftstufen selbst benötigen dürfte. Weitere Studien werden erst zeigen, welche weiteren Kraftquellen noch abbauwürdig sind.

Es sind also gegenwärtig nicht vielleicht Sonderbestrebungen zu verurteilender Art, die uns leiten, sondern Bestrebungen, welche aus dem Verlangen nach der Erhaltung und Hebung des Landesvermögens abzielen. Solche Bestrebungen sind übrigens auch in Tirol und Salzburg vorhanden.

Es muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß die vom Landesausschusse begonnenen und nunmehr vom Landesrat der Verwirklichung nähergerückte Aktion des Ausbaues der steirischen Wasserkräfte vorerst für Zwecke des Landes Steiermark, eine gesunde und begrüßenswerte ist.

Was nun den Ausbau der Wasserkräfte auf Grund eines gemischtöffentlichen Unternehmens betrifft, so möge nicht vergessen werden, daß diesbezüglich in Deutschland außerordentliche Erfolge erzielt wurden. Eine besondere Rolle bei einem solchen Unternehmen spielt die Kapitalaufbringung. Feststehend ist aber auch, daß eine solche Unternehmung ohne ausgiebigste Mitwirkung des privaten Unternehmergeistes, bei uns wenigstens, kaum ersprießliches zeitigen wird. Wir haben ein Interesse daran, daß etwas zustande kommt und sind davon überzeugt, daß dies nur dann der Fall sein wird, wenn die Unternehmung von aller bürokratischen Beengung von vorneherein befreit bleibt.

Mit Staats- und Kommunalunternehmungen hat man in Österreich bekanntlich keine guten Erfahrungen gemacht. Unternehmungen, die im privaten Betriebe im wahrsten Sinne des Wortes Goldgruben waren, sind nach der Übernahme in öffentliche Verwaltung zu Sorgenkindern geworden. Ich brauche in diesem Zusammenhange nur das Wort „Nordbahn“ auszusprechen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Es ist daher unverständlich, wenn von sozialdemokratischer Seite jetzt die Dinge so darzustellen versucht werden, als ob es ein unerhörter Raub an der Öffentlichkeit wäre, wenn daran gegangen wird, dieses Elektrizitäts-Unternehmen, das der Öffentlichkeit im weitesten Sinne dienen soll, auf gemischtwirtschaftliche Grundlage zu stellen. Ich betone, daß die Kapitalbeschaffung eine der wichtigsten Rollen spielt. Niemand wird ableugnen können, daß die Kapitalbeschaffung bei Zusammenlegung öffentlichen und privaten Kredites eine ungleich leichtere und auch günstigere ist. Die Verminderung des Risikos und vor allem die Sicherung der Rentabilität sind ebenso feststehend. Durch gesellschaftliche Beteiligung der Verbraucherindustrie wird erhöhte Widerstandsfähigkeit gegenüber den die Rentabilität gefährdenden Einflüssen rein öffentlicher Unternehmungen geschaffen. Niemand wird ferner leugnen können, daß öffentliche Bauten unendlich schleppender geführt werden, als solche, bei denen Private beteiligt sind und auch die Verbilligung der Bau- und Materialkosten fällt bei einer so großen Unternehmung wesentlich ins Gewicht. Hinsichtlich des bürokratischen Apparates bei öffentlichen Unternehmungen sind die Verhältnisse so bekannt, daß darüber füglich nicht mehr zu sprechen ist. Und auch der eingeseleischteste Verteidiger des Systems der öffentlichen Unternehmungen wird zu beweisen nicht in der Lage sein, daß bei öffentlichen Geschäftsunternehmungen die kaufmännische Verwaltung und Geschäftsführung so betrieben werden kann, wie bei einem privaten oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Ein solches Unternehmen kann mit einem Worte viel ökonomischer geführt werden, als ein öffentliches; es ist aber auch viel beweglicher gegenüber Neuerungen und, was nicht in allerletzter Linie in Betracht kommt, weit weniger gehemmt in der Auswahl der Angestellten.

Wenn also in Steiermark eine Gruppe von Industriellen sich vereinigte, um mit dem Landesrat einen Gesellschaftsvertrag und später eine Aktiengesellschaft zu gründen, so kann dies vom Standpunkte der Öffentlichkeit und besonders dem des Gewerbes nur begrüßt werden.

Ich muß in diesem Zusammenhange folgendes ausdrücklich feststellen: Bei allen Verhandlungen über diesen Gegenstand wird vom Gewerbe fast nicht gesprochen und es hat den Anschein, als ob der Gewerbestand dabei gar nicht interessiert wäre. Wer dieser Meinung ist, übersieht, daß es sich bei der Einführung der elektrischen Kraft ins Gewerbe allerdings nur um kleinere Einzelquantitäten handelt, die aber in dem Maße für Elektrizitätsanlagen ebenfalls wesentlich in Betracht kommen. In einem Orte, wo das Gewerbe nach dieser Richtung so vernachlässigt wurde, wie zum Beispiel in Graz, wird eine solche Feststellung allerdings nicht recht verstanden werden. In Gebieten aber, wo die elektrische Kraft dem Gewerbe zu erschwinglichem Preise zugänglich gemacht wird, erweist es sich, was das Handwerk als Abnehmer elektrischer Kraft bedeutet. Und es befinden sich überall gewerbliche Betriebe, die entwicklungsfähig sind und die sich auch entwickeln werden, sobald ihnen die Möglichkeit der weitesten Ausnützung von elektrischer Kraft erschlossen wird. Ich kann diesbezüglich mit einer Reihe steirischer, insbesondere oststeirischer Beispiele dienen. Je ausgedehnter und verzweigter das Elektrizitätsnetz, desto stärker und intensiver, aber auch ertragsreicher, die gewerbliche Betätigung. Unternehmungen, die sich jahrzehntelang nur hart erhalten ließen, konnten sich bei Benützung der elektrischen Kraft innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit, ungeahnt entwickeln. Aus diesen Tatsachen geht wohl zur Genüge hervor, daß das Gewerbe an der Elektrizitätsfrage außerordentlich interessiert und daß es daher vom Standpunkte der weitesten Öffentlichkeit gewiß gerechtfertigt ist, wenn ich verlange, daß auch auf die gewerblichen Kreise, und zwar auch in der Zusammensetzung der Verwaltung des zu bildenden Unternehmens Rücksicht genommen werden muß. Um die Wahrung der Interessenten jener Kreise, die nicht dem Industriekonzern angehören und die vielleicht auch aus dem Kreise des Landesrates nicht jene Vertretung finden, die ihrer Bedeutung zukommt, halte ich es für notwendig, daß auch den Handels- und Gewerbekammern gehöriger Einfluß eingeräumt wird. Namentlich hinsichtlich der Tarifbildung ist es von größter Bedeutung, wenn die Kammern in die Elektrizitätswirtschaft eingeschaltet werden, denn an einer billigen Stromlieferung haben nicht nur die Industriellen, sondern auch andere Kreise, vor allem das Handwerk, ein wesentliches Interesse. Ich werde eine diesbezügliche Entschliebung vorlegen, um deren Annahme ich schon jetzt bitte. Wenn ich einen Einfluß für die Kammer in unserer Elektrizitätswirtschaft verlange, so geschieht dies auch aus rein praktischen

Gründen, weil damit durch die Zuführung ausgezeichnete Kräfte ein guter Dienst erwiesen wird.

Unsere Kammer beschäftigt sich im Gegenstande seit vielen Jahren in der eingehendsten Weise. Die dort festgelegten Grundsätze gelten für mich und für meine Handwerkskameraden und wohl auch für einen großen Teil der Industriellen als bindend. Ich will daher nachstehend zwei Entschliebungen der Kammer Graz zu Ihrer Kenntnis bringen.

Die eine lautet (liest):

„Seit Jahren ist die Handels- und Gewerbekammer Graz bestrebt, innerhalb ihres Wirkungskreises die Auswertung der Wasserkräfte des Landes weitestmöglich zu fördern. Heute bedarf es keiner weiteren Begründung, daß der Ausbau unserer Wasserkräfte brennend geworden ist.“

Es ist daher lebhaft zu begrüßen, daß die Landesversammlung im Begriffe steht, eine dieses Ziel sichernde Ausgestaltung des Landeswasserrechtes zu beschließen. Als ebenso dringend darf es aber auch bezeichnet werden, daß der unter Beteiligung des Landes auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage in Aussicht genommene großzügige Ausbau der steirischen Wasserkräfte unverzüglich tatsächlich in Angriff genommen wird.

Nachdem zu diesem Zwecke eine vorbereitende Gesellschaft m. b. H. kürzlich bereits gebildet wurde, möchte die Kammer der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, daß die Errichtung der Aktiengesellschaft zur Durchführung des Ausbaues der steirischen Wasserkräfte mit der durch die Verhältnisse gebotenen Beschleunigung folgen wird. In der Beteiligung des Landes erblickt die unterzeichnete Kammer die Gewähr für eine von Grundsätzen der allgemeinen Wohlfahrt geleitete Elektrizitätswirtschaft in Steiermark.“

Die zweite Entschliebung der Kammer hat folgenden Wortlaut (liest):

„Die Handels- und Gewerbekammer in Graz vertritt den Standpunkt, daß dem Lande der maßgebende Einfluß auf die Auswertung der steirischen Wasserkräfte zustehen muß. Es muß daher auch verlangt werden, daß die im Landesrate gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Ausgestaltung unseres Landeswasserrechtes Gesetzeskraft erhalten.“

Der unter Beteiligung des Landes auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage in Aussicht genommene Ausbau der steirischen Wasserkräfte ist unverzüglich in Angriff zu nehmen und einheitlich durchzuführen. Die Abgabe elektrischer Kraft außer Landes ist soweit und insoweit zulässig, als dies unter Berücksichtigung des gegenwärtigen und absehbaren künft-

tigen Bedarfes des Landes einschließlich des Stromerfordernisses der Eisenbahnen im Lande gerechtfertigt werden kann."

Noch eine ausdrückliche Feststellung, meine Herren, möchte ich machen:

Wenn ich mich als Gewerbevertreter neben der nachdrücklichsten Fürsorge für den Gewerbestand für die möglichste Ausgestaltung unserer steirischen Industrie einsetze, so darf hierin ein Widerspruch nicht erblickt werden. Die Gewerbetreibenden unterscheiden seit jeher sehr wohl zwischen Industrierittertum und ernster, volkswirtschaftlich bedeutsamer Industrie. Unsere steirische Industrie datiert nicht von gestern, die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hängt seit Jahrhunderten mit unserer steirischen Industrie auf das Innigste zusammen. Wir haben es bei der steirischen Industrie mit einem wesentlichen Bestandteil unserer wirtschaftlichen Grundlage zu tun. Der Hinweis auf die außerhalb des Landes liegenden Interessen unserer steirischen Industriellen zieht bei uns nicht, erscheint uns vielmehr geschmacklos.

Zusammenfassend will ich feststellen, daß wir die schleunigste Gesetzgebung dieser Vorlagen wünschen, daß ich für dieselben selbstverständlich stimmen werde und daß ich nur sehnlichst wünsche, daß anschließend alle Vorkehrungen und späteren Arbeiten raschest geschehen, damit die reichen Wasserkräfte des Landes für unsere Bevölkerung im weitesten Umfange endlich nutzbar werden.

Nun möchte ich die Resolution, die ich vorhin betont habe und um deren Annahme ich Sie bitte, dem hohen Hause zur Kenntnis bringen. Sie lautet (liest):

„Die hohe Landesversammlung wolle beschließen:

Beim Aufbau und bei der Führung dieses Unternehmens soll auf die Interessen des Gewerbes gebührende Rücksicht genommen werden.

Der Landesrat wird aufgefordert, seinerzeit Ge-eignetes zu veranlassen, daß die vom Landesrat in die Leitung dieses Unternehmens zu entsendenden Vertreter, wenn tunlich zum Teil dem Kreise der Handels- und Gewerbekammern entnommen werden."

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Landeshauptmann: Ich werde auch den vorliegenden Beschlufantrag nach der Schlußabstimmung über die gesamte Vorlage zur Abstimmung bringen lassen.

Zum Worte gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Schacherl. Ich erteile ihm daselbe.

Landesrat Dr. Schacherl: Hohes Haus! Gestatten Sie mir zunächst eine kleine Erklärung. Wir haben bereits einmal hier im Hause eine Elektrizitätsdebatte

gehabt. Es war im Jahre 1914, in der letzten Landtags-session, die vor der 8-14-Mera des Krieges stattgefunden hat. Auch damals haben wir Sozialdemokraten allein dagegen angekämpft, daß die Kraft des Wassers statt der Gemeinschaft der Bevölkerung, in jenem Falle der Stadt Graz oder Marburg, einer Kapitalistengruppe zur Profitmacherei ausgeliefert werden solle.

Wir haben damals gewarnt vor der Auflösung des Grazer Gemeinderates, die ja mit dieser Frage in einem innigen Zusammenhange gestanden hat. Es hat damals auch Herr Kollege Dr. Gargitter gewarnt vor dieser Auflösung, die von denjenigen Herren betrieben wurde, an deren Seite er jetzt kämpft. Man hat damals unsere Warnung nicht beachtet. Es wurde der Grazer Gemeinderat aufgelöst, und der Erfolg ist eingetreten, den wir damals angekündigt haben. Wir hoffen, daß das Recht siegen wird, und daß die Stadt Marburg dem Besitze des deutschen Volkes zurückgegeben wird. Dann wird sich die Sache in ihrer ganzen Wirkung zeigen, dann wird das elektrische Werk das machen, was wir im Interesse der Städte Graz-Marburg haben wollten, und was damals durch die Auflösung des Grazer Gemeinderates verhindert wurde. Meine Herren, wenn ich nun nach dieser Erinnerung, die eine gewisse Parallele aufweist, auf die heutige Debatte zurückgehe, möchte ich vor allem eine Tatsache feststellen, damit das nicht weiter noch verdreht werden könne. Wenn hier gesagt wurde von der christlich-sozialen Seite, sie wünsche keine papierenen Beschlüsse, sondern Taten, so stelle ich fest, daß das, was wir beantragen, ebenfalls eine Tat ist und kein papierener Beschluß, daß wir für alles, für was wir gestimmt haben, auch jetzt stimmen werden, was den Ausbau der steirischen Wasserkräfte möglich macht, und daß wir immer für alles, was das schleppende Verfahren erleichtert, gewesen sind, und daß das notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird, um die Bauten sofort anzufangen. Wir sind dafür, damit der Arbeitslosigkeit womöglich abgeholfen werden könne, und wenn Herr Schöiswohl geglaubt hat, das Wort „arbeitslos" uns entgegen zu werfen, ist das eine daneben gehende Wahl-demagogie. (Abgeordneter Schöiswohl: „Bei uns heißt es immer Wahl-demagogie, während das, was Sie machen, ebenfalls nichts anderes ist!") Wir in erster Linie sind für die Interessen des Landes, der Landeshauptstadt Graz und der größeren Gemeinden hier eingetreten, für die Interessen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft, die die Versorgung durch den elektrischen Strom braucht. Meine Herren, nun ist uns heute von drei oder vier Rednern unser Sündenfall vorgehalten worden, daß wir zuerst für die

gemischtwirtschaftlichen Betriebe gestimmt haben und nun jetzt nicht mehr dafür sind. Meine Herren! Die Herren machen so, als ob wir hier zuerst unsere geänderte Meinung dargelegt hätten. Das ist nicht wahr, unsere Vertreter haben bereits früher diese Haltung eingenommen, und die Herren haben schon damals volle Gelegenheit gehabt, unseren Standpunkt kennen zu lernen. Und es ist nicht einzusehen, warum sie so überrascht waren und in der vorigen Sitzung in einer tödlichen Verlegenheit in der christlichsozialen Partei gewesen sind, als Dr. Eisler hier im Hause unseren Standpunkt vertreten hat. Ich möchte bemerken, daß wir prinzipiell immer auf dem Standpunkte gestanden sind, daß öffentlichrechtliche Körperschaften solche Arbeiten ausführen sollen, daß wir trotzdem in diesem Falle im Landtage und unsere Vertreter in diesem Ausschusse dafür gestimmt haben, und zwar zum Teil deswegen, weil erklärt wurde, daß eigentlich unsere Marschroute schon gegeben sei durch die früheren Vereinbarungen, die der frühere gesetz- und kontrollose Ausschuß mit diesem Konsortium eingegangen sei. Es wurde die Sache zunächst so dargestellt, als ob man damit schon eine Verpflichtung übernommen habe, oder eine wesentliche Erschwerung der Durchführung, eine Verzögerung der Arbeit usw. eintreten werde. Ich möchte weiter feststellen, daß mein Kollege Dr. Eisler noch in der Versammlung der Ingenieurkammer gesprochen hat und dort noch nicht aufgetreten ist gegen die gemischtwirtschaftlichen Betriebe, daß aber tatsächlich er, der in der Versammlung war, aus einem Saulus zu einem Paulus geworden ist, durch die Rede Ihres Nicht-Parteigenossen Dr. Rintelen. Meine Herren, die Rede des Dr. Eislers in der vorigen Sitzung hat Sie in Verlegenheit gebracht. Wahrscheinlich haben Sie nicht gewußt, daß Dr. Rintelen nicht Ihr Parteigenosse ist; daß er sozusagen aus der Familie geschlagen ist. Sie sind heute dreimal abgerückt vom Dr. Rintelen und haben sich nach Faust gehalten: „Du mußt es dreimal sagen!“ Er ist also dreimal hinausgeworfen worden. Es hat einen merkwürdigen Eindruck machen müssen, die Art und Weise, wie man in der Versammlung gesprochen hat, und jede Einflußnahme Wiens, d. h. von Leuten außerhalb Steiermarks, entschieden bekämpft hat, und wie man nichts wissen wollte davon, daß irgend jemand anderer außerhalb Steiermark etwas dareinzureden habe. Wenn man das mit der Tatsache zusammenbringt, daß man den Redner allgemein für christlichsozial gehalten hat, und daß sein Bruder, der Landeshauptmann-Stellvertreter, Vertreter der christlichsozialen Partei ist. Meine Herren! wenn Kollege Prisching

meint, unser Umschwung sei zu erklären durch die Einflußnahme des Dr. Ellenbogen, kann ich sagen, daß er sich gründlich täuscht, daß wir unsere Stellungnahme vollzogen haben ohne jemand zu fragen und erst in der jüngsten Zeit, weil behauptet wurde von anderer Seite, man sei in Wien auf dem Standpunkte der gemischtwirtschaftlichen Betriebe, wir nachträglich erst angefragt haben und eine andere Auskunft erhalten haben, als ob man in Wien so begeistert sei, für gemischtwirtschaftliche Betriebe. Meine Herren, so sind wir nur in unserer Meinung gründlich bestärkt worden, durch diese Rede und durch das Verhalten der Presse, die sich daran angeschlossen hat. Wir haben bei unserer Stellungnahme das eine erreicht, zunächst, und zwar im volkswirtschaftlichen Ausschusse, daß gegenüber diesem bedenklichen und gefährlichen separatistischen Standpunkte, der da zum Ausdruck gekommen ist, daß dem gegenüber unser Antrag angenommen wurde, daß auch das Interesse des Staates Deutschösterreich nicht aus den Augen gelassen wird. Unser Antrag ist angenommen worden, daß auch für den Bedarf der Staatsbahn ein gewisser Betrag, 20 Prozent, vorgesorgt werden soll, und damit haben wir nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch eine Kundgebung erreicht, gegen diejenigen Kreise, die in den Alpenländern damit agitieren, daß sie diese ohnehin kleine und arme Republik Deutschösterreich noch weiter verkleinern und zerschlagen wollen, die im Gegensatz zu dem, was man früher immer gesagt und gesungen hat: „Was ist des Deutschen Vaterland? Es muß größer sein!“ sich auf den Standpunkt gestellt haben, das deutsche Vaterland muß immer kleiner sein. (Abgeordneter Schoiswohl: „Das Hemd ist uns näher als der Rock!“) Meine Herren, man hat sich gegen diesen Separatismus gerichtet und hat gesagt, daß man dem Lande geben soll, was des Landes ist, und dem Staate, was des Staates ist, und wir haben erklärt, daß es unerträglich ist, daß dieser Separatismus, diese Kleinstaaterei noch dazu mißbraucht wird, ihre Privatinteressen und kleinkapitalistischen Eliten ausgespielt werden gegen die gemeinschaftlichen Interessen. Meine Herren, die Gründung der Aktiengesellschaft, die uns hier so plötzlich an den Kopf geworfen wurde, ist ebenfalls geeignet, unser Mißtrauen in der ganzen Sache auf das Höchste zu verstärken. Es besteht unserer Meinung nach die Gefahr, daß das Land langsam aber sicher an die Wand gedrückt wird. Wenn einmal eine Aktiengesellschaft besteht, so können die Aktien verschiedenen Börsenmanövern ausgesetzt sein, es könnte die Gefahr bestehen, daß der Einfluß des Landes und vor allem seine wirtschaftlichen In-

teressen zurückgesetzt werden gegenüber den Interessen der anderen Aktionäre. (Abgeordneter Schöiswohl: „Es könnte aber auch umgekehrt kommen!“) Aber wir wissen nicht, ob wir immer im Landtag sitzen, und wir haben nicht das notwendige Vertrauen. Wir wollen alles hier so machen, daß die Sache sichergestellt ist und es nicht möglich ist, die Interessen des Landes auszuliefern an kapitalistische Interessen. (Abgeordneter Schöiswohl: „Ob aber das Land die Mittel allein aufzubringen vermag?“) Meine Herren, die Rede des Dr. Eisler hat das große Verdienst, daß sie die Öffentlichkeit aufgerüttelt hat, und wir können sagen, diese Hintelenblase ist aufgestochen und das schwarze Blut ist abgezogen worden. Wir haben heute das größte Mißtrauen gegen die Absicht, einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb zu errichten und sind heute mehr als je zuvor der Ansicht, daß man den Ausbau der Wasserkräfte nur ausschließlich durch gemeinnützige Körperschaften durchführen soll: Land, Staat, Landeshauptstadt Graz, größere Gemeinden usw. Und unser Mißtrauen wird bestärkt durch die Haltung der Grazer Tagespresse. Wenn die „Grazer Montagszeitung“ einen Artikel nach dem andern bringt und einen in auffallender Weise betitelt: „Der Herzstich ist bestellt“, und wenn die „Montagszeitung“ für allgemeine Interessen eintritt, dann stußt man und fragt sich: Was für kapitalistische Clique, was für ein kapitalistisches Interesse steckt da dahinter? Ebenso ist das auch mit anderen Zeitungen. Wenn auf der einen Seite gesagt wird: „Dann werden nur Großbanken das Geschäft machen, dann muß man das Geld für den Ausbau der Werke von Banken ausleihen“, und auf der anderen Seite gesagt wird, daß das private Kapital dem Lande Steiermark nicht das Geld leihen wird, damit es selbst den Ausbau der Wasserkräfte durchführen kann, dann glaube ich, daß das nicht der Fall sein wird, daß wir die Leute nicht brauchen und daß es einfachere Mittel gibt. Wir haben in den landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen mehr als 30 Millionen zur Verfügung, die heute im Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften gesammelt sind und die viel besser angewendet wären unter der Haftung des Landes und der Verwaltung der Landesregierung. Dadurch würde das Land billiges Geld bekommen und wäre imstande, fruchtbringende Unternehmungen selbst zu führen, als sie zur Hälfte dem Privatkapital zu überlassen. Dazu kommt die gewaltige Geldflüssigkeit, die wir heute haben, daß die Geldfrage eine andere geworden ist als früher und daß das Land das Geld ganz sicher mindestens ebenso zur Gänze bekommt, als wenn es die Hälfte übernehmen und die andere Hälfte

von den interessierten Kreisen der Industrie nehmen würde. Wir können das daher allein machen. (Abgeordneter Schöiswohl: „Das kostet eine halbe Million!“) Die werden wir ganz leicht allein aufbringen. Wir haben keine Angst, es wäre nicht schlecht, wenn das Land Steiermark, das jedenfalls sicherer ist als eine Industrie, die in einem Jahr sozialisiert sein wird, wenn das Land nicht imstande wäre, dieses Kapital selbst aufzubringen.

Es wurde auf Wien verwiesen, daß man vielleicht in Wien zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb übergehen werde. Wenn sich die Stadt Wien wirklich entschließen sollte, zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb überzugehen, dann ist das ihre Sache. Wir werden das schwerlich nachmachen und wir haben keine Ursache, es vorher zu machen und zu präjudizieren, wenn wir es allein machen können, was unsere feste Überzeugung ist. Ich glaube, daß wir auch beim Staate dagegen auftreten werden, wenn der Staat sich auf gemischtwirtschaftliche Betriebe einläßt. Es ist dabei eine Erwägung ungeheuer wichtig. Es ist ganz klar, daß bei der kritischen Lage des Staates und der Länder weder der Staat noch die Länder daran denken können, ihre kolossalen Schulden ausschließlich aus Steuereinnahmen zu decken. Der müßte die Henne schlachten, die goldene Eier legt, der da versucht, daß der Staat durch seine Einnahmen die Schulden bedecken sollte. Wir brauchen deshalb selbständige Einnahmen. Da liegt die Möglichkeit, daß der Staat und die Länder sich Einnahmen verschaffen, und es ist nicht einzusehen, warum das zur Hälfte dem privaten Kapital überlassen werden soll. Wenn gemeint wurde, es sei vorgekommen, daß Betriebe, die Goldgruben waren, solange sie Privatbetriebe waren, später durch die Verstaatlichung zu Sorgenkindern des Staates geworden seien, und wenn dabei auf die Nordbahn verwiesen wird und von christlichsozialer Seite „Bravo“ gerufen wird, so möchte ich fragen: „Ja, wünschen Sie, daß die Nordbahn dem Rothschild zurückgegeben werden soll?“ (Abgeordneter Schöiswohl: „Nein, besser verwaltet wird!“) Und schließlich ist auch die Südbahn kein verlockendes Beispiel dafür, daß man für einen privaten Betrieb eintritt. Daß der Staat und das Land diese Betriebe übernimmt und sie enteignet, und sie so enteignet, wie wir sie nicht enteignen wollen, indem er sie überzahlt mit Zins und Zinseszins nachdem sie schon Jahrzehnte lang allen Rahm abgeschöpft hat und vollkommen passiv ist, so stellen wir uns die Sache nicht vor. Wir stellen uns die Sozialisierung in anderer Weise vor. Dazu kommt noch, daß Staat und Land, wenn sie solche Betriebe übernommen haben, so elende

Gehälter bezahlt haben, daß man natürlich hiefür nicht die entsprechenden Kräfte bekommen konnte. Wenn das private Kapital irgendwo einen ordentlichen Leiter hat, so liegt ihm nichts daran, wenn es 30.000 und 40.000 und 50.000 und 100.000 Kronen dafür bezahlt, wenn er das hereinbringt. Wenn man das nach dem Gehaltsschema bezahlt, ja dann wird man niemanden bekommen, oder wenn man nur nach Rangsklassen oder Dienstjahren vorgeht. Aber das muß ja nicht sein.

Meine Herren! Es wird die neue Zeit hoffentlich auch neue Kräfte erziehen und in der neuen Zeit werden Staat und Land imstande sein, die richtigen Leute an den richtigen Platz zu stellen, gerade so wie es die Fabriken und Unternehmungen tun, die auch nicht zaubern können. Die Aktionäre sind ja auch Geschäftsleute und sie verstehen es, nur Leute zu bezahlen, die den Betrieb gut leiten. Nach der Richtung ist auch in Zukunft nicht die geringste Befürchtung vorhanden, daß es nicht gehen würde, wenn der Staat oder das Land den Betrieb selbst übernehmen werden.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen zum Schlusse, weil Sie uns, obwohl Dr. Eisler erklärt hat, warum wir unsern Standpunkt geändert haben, dies in so und so vielen Variationen vorgeworfen haben, raten, ebenfalls zu lernen, wenn es sich wo im Interesse der Öffentlichkeit handelt, an einem Spruch von Rückert: „Die vom Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen; die auf ihrem Irrtum beharren, das sind die Narren.“

Wir werden infolgedessen unsere Anträge, die wir im volkswirtschaftlichen Ausschusse gestellt haben, auch hier neuerdings stellen. Aber da bei der Abstimmung und nach den Reden, die wir hier gehört haben, leider keine Hoffnung besteht, daß unsere Anträge angenommen werden, werden wir für diesen Fall auch noch einige Eventualanträge in der Spezialdebatte stellen, um wenigstens zu retten, was zu retten ist. Wenn Sie unsere Anträge ablehnen, dann haben wir den einen Trost, daß die Sozialisierung kommen wird und daß dann, wenn sie kommt, auch der gemischtwirtschaftliche Betrieb beseitigt sein wird und das Recht der Gesamtheit der Arbeiter auf den Ertrag ihrer Arbeitsgemeinschaft festgestellt sein wird — für immer. (Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Dieser Gegenstand ist auf so ziemlich breiter Basis erörtert worden, daß ich nur einige Worte noch in der Generaldebatte sagen will: Ich habe aus den Ausführungen, die links und rechts gefallen sind, beinahe den Eindruck gewonnen, daß es scheint, als ob wir Sozialdemokraten überhaupt gegen den Ausbau der

Wasserkräfte in Steiermark wären, als ob unsere Haltung die Absicht verfolgen würde, den Ausbau der steirischen Wasserkräfte zu verzögern oder zu verhindern. Meine Herren, ich muß fragen: um was handelt es sich eigentlich? Wir stehen in der Debatte über die Abänderung des Wasserrechtsgesetzes und bei der Beschlußfassung über einen Vertrag mit einem industriellen Konsortium. Das Wasserrechtsgesetz soll abgeändert werden, das Verfahren bei Konzessionsbewerbungen durch Erleichterungen gekürzt werden, daß man in einigen Monaten mit dem Ausbau der Elektrizitätswerke beginnen kann. Haben Sie gehört, daß wir gegen diesen Antrag sind? Wir sind dafür, daß diese Änderung Platz greifen soll und eine Erleichterung in der Konzessionswerbung eintritt. Wir wären der Meinung, daß man aus diesen Bestimmungen streichen könnte die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen. Sie haben ja selbst schon in Aussicht genommen, daß das Land allein die Sache machen soll, denn im § 4, Punkt 2, heißt es ausdrücklich: Falls das Land Steiermark allein ansucht, oder, wenn es sich bei einem Unternehmen als beteiligt erklärt, dann soll der Vorzug eintreten. Meine Herren, man sieht, daß grundsätzlich eigentlich auch Sie dafür waren, daß das Land allein den Ausbau durchführen soll. Was die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen anbelangt, so möchte ich, weil meine Person in der Debatte genannt wurde, darauf verweisen, wie sich diese Angelegenheit entwickelt hat. Der frühere Landesauschuß hat in der Frage der Elektrizität gar nichts gemacht und erst im Jahre 1916 hat er begonnen, die Frage der Elektrizitätsversorgung zu beraten. Am 15. Jänner 1918 hat er mit einem industriellen Konsortium einen Vertrag abgeschlossen, der in 10 oder 12 Punkten niedergelegt erscheint. Seit 15. Jänner 1918 ist die Sache gar nicht mehr vorwärts gegangen. Erst wie der neue Landesrat gewählt worden ist, da sind auch die Herren Dr. Gargitter und Doktor Wurke als Mitglieder hineingewählt worden, darauf hat eine Sitzung stattgefunden, bei der nur ich allein erschienen bin. Die Industriellen haben gesagt: „Übernehmen sie den Vorsitz und wir werden über die Durchführung dieser Sache beraten.“ Es sind dann eben jene Punkte beschlossen worden, die heute mit mannigfachen Abänderungen der Landesversammlung vorliegen. Ich habe in der Landesratsversammlung darüber berichtet und bin von dem Gesichtspunkte ausgegangen, die Sache ist dringlich und man muß sie der Landesversammlung vorlegen. Prinzipiell bestehen keine Gegensätze für die Elektrizitätswirtschaft; es

könnten nur Gegensätze auftreten in Bezug auf Detailfragen. Und das ist geschehen. Der Streit besteht eben darin, ob das Land allein diese Werke ausbauen oder dieselben gemeinsam mit einem industriellen Konförium ausbauen soll. Das ist der springende Punkt. Ich verstehe Ihre Aufregung nicht, daß Sie sich auf einmal zu Verteidigern eines Systems aufwerfen, in dem der Kapitalismus eine so große Rolle spielt. Sie haben aus den Ausführungen des Dr. Eisler entnehmen können, daß es sich um den Kampf zwischen zwei Interessentengruppen handelt, um die Rosshändlergruppe in Wien, die es versucht, für Wien die steirischen Wasserkräfte zu gewinnen, und um eine Interessentengruppe in Steiermark. Wir sind von vornherein von dem Standpunkte ausgegangen, daß es selbstverständlich Sache des Landes sei, die Wasserkräfte Steiermarks zunächst für das Land auszunützen. Nun, meine Herren, muß ich sagen: es hat eine Versammlung vom Architektenverein stattgefunden; ich war der Meinung, ich komme in eine Versammlung, wo ganz sachlich über die Frage des Ausbaues der heimischen Wasserkräfte gesprochen werden wird. Welchen andern Zweck sollte diese Versammlung haben? Diese Versammlung konnte doch nur den einzigen praktischen Zweck haben, die Bevölkerung auf die Vorteile des Ausbaues der Wasserkräfte aufmerksam zu machen. Einen andern Zweck konnte sie nicht haben, weil alle Parteien prinzipiell vollständig einverstanden waren, daß die Wasserkräfte unbedingt so rasch als möglich ausgebaut werden sollen. Ich war daher sehr überrascht dort Reden zu hören, Reden, die mit dem Ausbau der Wasserkräfte aber gar nicht im Zusammenhange gestanden sind. Es wurde unter anderem ausgeführt, ob sich im Lande Steiermark niemand findet, der diese schallende Ohrfeige zurückweist, die dem Lande dadurch gegeben worden ist, daß die Nationalversammlung in Wien ein Grundgesetz über die Landesversammlung beschlossen hat. Meine Herren! Was hat das mit dem Ausbau der Elektrizitätswerke zu tun? Außerdem wurde dort noch gegen eine Einrichtung in der schärfsten Weise Stellung genommen, eine Einrichtung in Wien, die nur geschaffen worden ist, um den Ausbau der Elektrizitätswerke in Österreich zu erleichtern. Dr. Rinkelen hat dort erzählt, daß er in früheren Zeiten selbst in vier bis fünf Ministerien laufen mußte, um einen Erfolg zu erzielen; jetzt wird das alles in einer Stelle vereinigt und auf einmal wird diese Stelle als Zentrale verschrien. Meine Herren! Wenn man so etwas hört, muß man sich doch fragen, wer sind die Hintermänner dieses Mannes, in deren Namen er

eigentlich spricht? Die Industriellen erklären, mit diesen Ausführungen hätten sie nichts gemeint. Es ist daher auch gar kein Wunder, wenn wir unser Verhalten in dem Sinne geändert haben, daß wir verlangen, daß das Land allein die Wasserkräfte auszunützen habe, und wenn das nicht möglich wäre, müßte unbedingt die Tarifhoheit des Landes eingreifen. Ich glaube, nachdem es sich hier um keine Parteiprinzipien handelt, sondern lediglich um sachliche Fragen, ist jeder Abgeordnete verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Interessen des Landes gewahrt bleiben. (Rufe: „Sehr richtig!“) Eine solche Beratung kann ich nicht zugeben und es ist unmöglich, von vornherein zu sagen, daß das, was einmal beschlossen wurde, nicht mehr abgeändert werden kann, und etwas anderes geschieht nicht von uns. Wir sind für den raschen Ausbau der Wasserkräfte und wir würden nur wünschen, daß jene Hoffnungen, die mit dem Ausbau der Wasserwerke verbunden sind, sobald als möglich sich erfüllen. Allerdings müssen wir uns sagen, daß so große Schwierigkeiten dem Ausbau der Wasserwerke entgegenstehen, daß es leider nicht so einfach sein wird, sie ohne weiters in Angriff zu nehmen und durchzuführen.

Diese Ausführungen war ich verpflichtet hier zu machen, damit nicht nach außenhin der Eindruck entsteht, als ob die Sozialdemokraten jetzt auf einmal eine andere Haltung einnehmen, als zu Anfang. Grundsätzlich sind wir von Anfang an dafür gewesen, daß der Ausbau der Wasserkräfte so rasch als möglich erfolge, und grundsätzlich sind wir auch jetzt dafür, nur haben wir in der Detailfrage eine andere Meinung, als Sie. (Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

Abg. Riegler: Hohe Landesversammlung! Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden meines Wahlbezirktes übermittelte mir folgende Entschlieöung (liest): „Die Gemeindevertretung St. Georgen verlangt:

1. Die sofortige Novellierung des veralteten Wasserrechtsgesetzes in dem Sinne, daß das Verfahren erleichtert und beschleunigt wird und daß ohne Zustimmung des Landestates keine wasserrechtliche Konzession erteilt werden dürfe.

2. Den sofortigen einheitlichen Ausbau der steirischen Wasserkräfte und eines einheitlichen sich über das ganze deutsche Land erstreckenden elektrischen Leitungsnetzes durch eine sofort zu gründende gemischtföentliche Unternehmung unter Beteiligung des Landes der Städte, Märkte, landwirtschaftlichen Genossenschaften und der einheimischen Industrie.

3. Es wird auf das entschiedenste gegen den neuesten Versuch protestiert im Wege der Schaffung einer

neuen Zentrale (Wewa) die unglückselige Zentralwirtschaft auch auf dieses Gebiet auszudehnen und verwahrt sich gegen jeden Versuch, im Wege der Zentralisierung dem Lande sein kostbarstes wirtschaftliches Gut zu entreißen."

Diese Entschliebung bringe ich in Form eines Begrenzungs vor die heutige Versammlung, habe derselben nichts weiter hinzuzufügen, als zu erklären, daß wir uns für die Sache aussprechen werden.

Landesrat Dr. Eisler: Hohe Landesversammlung! Meine Herren! Wenn ich mir erlaube, zu dem Gegenstande, in dessen Erörterung ich die Geduld des hohen Hauses schon einmal gründlich in Anspruch genommen habe, nochmals das Wort zu ergreifen, so geschieht es deshalb, weil gerade meine Ausführungen, wie ich zuletzt wahrgenommen habe, und mir mitgeteilt wurde, den Hauptanteil an der bisherigen Erörterung des Gegenstandes haben. Ich bin nicht durch meine Schuld, sondern durch schwierige Verhältnisse, mit denen wir in unseren Ernährungsangelegenheiten zu tun haben, in die unangenehme Lage versetzt, auf Ausführungen antworten zu müssen, die ich nicht persönlich hören konnte, aber ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß so ziemlich alles auf den gleichen Ton gestimmt war, daß statt wirklicher sachlicher Prüfung politische Vorwürfe erhoben werden, daß einfache scheinbare Tatsachen einer abweichlichen Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter zum Landesrate in der Landesversammlung und im volkswirtschaftlichen Ausschusse dazu benützt werden, um uns Vorwürfe zu machen, vor allem den Vorwurf irgendwelcher parteipolitischer Absicht bei unserer Stellungnahme, ohne sich der Mühe zu unterziehen, die Sachlage zu prüfen. Nun, ich glaube, und ich habe ja die geänderte Stellungnahme, die meine Partei bezogen hat, hier deutlich und zuerst zum Ausdrucke gebracht, und ich habe das allerdings, und das möchte ich in Bekräftigung der Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schacherl anführen, auch schon im volkswirtschaftlichen Ausschusse getan. Ich glaube, nicht versichern zu müssen, daß ich persönlich ein Freund sachlicher Arbeit bin, und daß ich unbedingt damit einverstanden bin, daß etwas nützliches geschieht und ich glaube, mich zu jenen zählen zu dürfen, die in den letzten Monaten nicht durch Worte, sondern durch die Tat bewiesen haben, daß wir in der jetzigen Zeit, sowie es mit sehr viel Pathos erklärt wurde, die Tat dem Worte vorziehen. (Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf übernimmt den Vorsitz.) Aber meine Herren! Man muß denn doch das, was

wir unternehmen wollen, sachlich prüfen, und da werden Sie mir schon gestatten, auch meinen Beitrag zu jener Darstellung hinzuzufügen, die aufklären soll, warum wir nicht von vorneherein mit jener Schärfe das betont haben, was ich mir in der letzten Sitzung des hohen Hauses auszuführen erlaubt habe. Wir sind zunächst in dieser Angelegenheit vor eine so ziemlich vollendete Tatsache gestellt worden, und ich für meine Person gestehe unumwunden — es mag da vielleicht die Überlastung mit anderen Arbeiten Mitschuld daran getragen haben — daß ich jener Abmachung, die zwischen dem früheren kontrollosen Ausschusse und dem sogenannten steirischen Konsortium getroffen wurde, auch eine rechtsverbindliche Bedeutung beigelegt habe, und der Meinung war, daß ein rechtlich wirksamer Akt nicht einseitig bei Seite geschoben und aus der Welt geschafft werden kann. Von dieser Meinung ausgehend, habe ich bedauert, daß das Land nicht von vorneherein die Sache auf der Grundlage eines öffentlichrechtlichen Unternehmens aufgebaut hat. Ich habe aber die Meinung vertreten und von diesem Standpunkte aus auch vertreten müssen, daß es jetzt Sache der Parteien und vor allem meiner Partei sei, dazu beizutragen, daß wir nunmehr bei der bevorstehenden Gründung einer Erwerbsgesellschaft, ob sie nun die oder jene rechtliche Form hat, möglichst günstige Bedingungen für das Land erlangen, und das ist ja nichts Unerhörtes. Wir Sozialdemokraten kommen jetzt allmählich in die Lage, dabei bei Dingen mitwirken zu müssen, die nicht nach unseren Grundsätzen aufgebaut sind, und uns dann zufriedengeben zu müssen, daß die Dinge möglichst verbessert werden, daß in der Sache selbst das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Interessen einzelner kapitalistischer Kreise vertreten wird. Diesen Standpunkt müssen und mußten meine Parteigenossen auch in dieser Angelegenheit einnehmen und haben ihn auch eingenommen. Außerdem war speziell für mich — und ich glaube kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß meine Stellungnahme nicht ganz ohne Einfluß auf die Stellungnahme meiner Parteigenossen geblieben ist — auch eine politische Erwägung maßgebend und diese bestand in der Rücksicht auf eine Koalition, die in wirtschaftlichen Fragen bisher durchgeführt und bisher erhalten wurde. Wir haben, und das haben wir schon so oft betonen müssen, in dieser Parteikoalition schon so manches zu schlucken gehabt, was uns nicht gepaßt hat, und haben es mit Rücksicht auf den Frieden im Lande getan. (Zwischenrufe seitens der Christlich-sozialen.) Die Herren, gerade auf Seite der christlich-

sozialen Partei, scheinen der Meinung nicht zu sein, daß es so ist; aber ich könnte ihnen Bände darüber erzählen, wie weit diese Opfer gegangen sind, die wir bringen mußten und die Herren werden gleiche Opfer, die sie zu bringen hatten, kaum aufzählen können, und ich bin dankbar, wenn sie uns Gelegenheit geben, uns darüber einmal offen und rückhaltslos auszusprechen. Aber meine Herren! Wir haben auch diese Frage als solche betrachtet. Wir wollten dem offenbaren Wunsche der Parteien, das auf einer einheitlichen und gründlich beschlossenen Grundlage zu machen, nach Möglichkeit Rechnung fragen, und ich wiederhole, wir haben uns dabei nicht allzuviel Sorgen gemacht, sondern uns gesagt, es werde ein schüchtern Versuch in der Form der Gesellschaft m. b. H. unternommen und es werde die Zukunft lehren, ob dieser Versuch nicht von selbst dazu führt, der Gesellschaft ein Ende zu machen und das Land zur Gänze an Stelle dieser Gesellschaft zu setzen. Wir haben in der Beratung des Landesrates die Erklärung abgegeben, daß unter allen Umständen dem Lande die Tarifhoheit, die es nach den früheren Vereinbarungen nicht hatte, erhalten bleiben müsse. Nun ist auf dieser Grundlage in die Sache eingegangen worden. Wir haben den grundsätzlichen Standpunkt zum Ausdruck gebracht und gesagt, daß wir dieser Vorlage keine Schwierigkeiten bereiten werden. Es ist richtig, und das ist auch vom Vorredner erklärt worden, daß die Versammlung im Rittersaale nicht ohne Einfluß auf unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit geblieben ist. Die Herren, die vor mir gesprochen haben, haben auch die Gründe, warum das der Fall war, ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht. (Man hört vom Landhaushofe die Kundgebungen der deutschen Studentenschaft für die Marburger Blutopfer.) Soll ich unterbrechen? (Rufe: „Nein!“) Meine Herren! Soviel ich höre, hat vor allem Herr Dr. Gargitter der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Rintelen im Rittersaale der Sache einen schlechten Dienst erwiesen haben, daß aber sachlich dadurch nichts geändert wurde. Für uns hat sich sachlich dadurch sehr viel geändert. Wir haben uns veranlaßt gesehen, infolge der Ausführungen des Dr. Rintelen im Rittersaale die Angelegenheit ein bißchen genauer zu prüfen, und sind zur Überzeugung gelangt, und das war die Auffassung, von der die Beratung im Landesrate geleitet war, daß das Land durch den Beitritt zu jener Vereinigung, die zwischen dem Landesrate und dem Konsortium geschlossen wurde, eine rechtliche Verpflichtung auf sich genommen habe. Daß diese Auffassung unrichtig ist,

daß von einer rechtlichen Verbindung keine Rede sein konnte, sondern daß wir vollständig freie Hand haben und daß es insolgedessen möglich ist, das, was nach unserer Überzeugung zu tun ist, auch zu tun, dem Lande allein den Ausbau der Wasserkräfte zu sichern, diese sachliche Erkenntnis ist es, die mich veranlaßt, dem hohen Hause heute zu empfehlen, nichts von seinem Rechte, das es durch die Wassernovelle in Bezug auf die Wasserkraft haben wird, aus der Hand zu geben, sondern sich selbst zum Herrn der Wasserkräfte zu machen. Das allein ist es, und glauben Sie mir, daß mich keine irgendwie gearteten parteipolitischen Interessen dabei leiten. Ich gestehe unumwunden zu, daß die Ausführungen des Dr. Rintelen im Rittersaale auf mich wie eine Erleuchtung gewirkt haben. Es ist dadurch klar geworden, wessen Geschäfte wir besorgen, wenn wir mit dem Konsortium abschließen, das Dr. Rintelen zu vertreten hat. Es hat Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rintelen sich veranlaßt gesehen, in einigen Bemerkungen in der letzten Sitzung auf meine Ausführungen zu antworten. Ich will nicht darüber streiten, ob gerade Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rintelen in dem Falle besonders berufen ist, den ex offio-Vertreter seines Bruders zu spielen. Ich hätte für meine Person gewünscht, und ich glaube das sagen zu können, da ich sonst keinen Anlaß habe, der Person des Landeshauptmann-Stellvertreters nahezutreten, ich hätte gewünscht, er hätte die Verteidigung anderen überlassen; und ich finde, daß diese Verteidigung des Standpunktes, der von ihm verteidigt wurde, etwas eigentümlich und gefährlich ist. Dr. Rintelen hat wahrzunehmen geglaubt, daß die sozialdemokratische Partei sich mit den Ausführungen des Dr. Rintelen, der auffallenderweise, weil seine Ausführungen im Rittersaale dies nicht erkennen ließen, als der christlichsozialen Partei nicht angehörig bezeichnet wurde, deshalb befaßt habe, weil Dr. Rintelen einen separatistischen Standpunkt eingenommen habe. Ich habe mir erlaubt, darüber ein paar Worte zu sagen, weil es mir doch etwas sonderbar vorgekommen ist, daß jemand, der die Interessen als besoldeter Vertreter einer typisch jüdischen Gesellschaft vertritt, es für geschmackvoll finde, eine Regierung der Republik anzugreifen, weil dieser Regierung ein jüdisches Mitglied angehört. Das schien mir etwas sonderbar, obwohl es in der letzten Zeit nicht mehr sonderbar vorkommt, daß Leute, die im Judensolde stehen, am meisten über Juden schimpfen. Ich finde, daß er da etwas daneben gegangen ist. Und ich habe es umso eigentümlicher ge-

funden, daß der Landeshauptmann-Stellvertreter in dasselbe Horn gestochen hat wie sein Bruder, und gerade das war es, was ich in der letzten Sitzung mir auszuführen erlaubt habe. Daß hier Forderungen, die programmatisch sind, oder soweit wir es mitanhören konnten, Forderungen der christlichsozialen Partei sind, benützt wurden, um damit den Standpunkt einer Kapitalistengruppe zu rechtfertigen. Das war es, was ich angenagelt wissen wollte, und dem Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rintelen zum Vorwurfe gemacht habe. Der Separatismus hat mit dem Gewinn, den die Alpine Montangesellschaft und eine andere obersteirische Kapitalistenfirma aus der Elektrizität ziehen wollen, eigentlich nichts zu tun, und es mußte einen sonderbar an, wenn der Separatismus dazu herhalten soll, um ein Mittel zu bieten, den Profit dieser Herrschaften zu steigern. Ich habe mir auszuführen erlaubt, daß politisch die Rechnung auf diesen Separatismus eingestellt wird, weil man mit diesem Separatismus bei allen jenen ein Verständnis zu finden hofft, die sich mit der Tatsache nicht abfinden wollen. Professor Rintelen hat geantwortet, nicht jeder, dem der Deutsch nicht gefällt, sei korrupt. Ich habe dem entgegenzuhalten, Deutsch hat mit der Elektrizität nichts zu tun; wenn jemand in der Frage, die sich mit der Elektrizität beschäftigt, exponiert und gegen Wien losgeht und in der Landesversammlung so tut, so darf er nicht verschweigen, daß für Elektrizität in Wien nicht der Sozialdemokrat Deutsch, sondern der Christlichsoziale Zerdik maßgebend ist, und muß die Angriffe an die richtige Adresse leiten, und wenn jemand sich darüber aufhält, daß Wien die Leistung der Elektrizität von Steiermark beansprucht und Steiermark vorenthält, dann darf er seine Vorwürfe nicht an die angeblichen Juden in der Wiener Regierung, sondern an die Christlichsozialen Weißkirchner und Steiner richten, die die Elektrizität für Wien in Anspruch nehmen. Wir sind noch weiter gegangen. Ich habe selbst in der Versammlung ein paar Worte gesagt, und ich habe da, und Sie mögen daraus entnehmen, daß wir bestrebt sind, die Frage dort, wo sie sachlich und nützlich erörtert wird, auch zu fördern, im Namen und im Einvernehmen mit meiner Partei die Erklärung abgegeben, daß wir jede Bestrebungen fördern und zu unseren eigenen machen werden, die darauf abzielen, den Ausbau der Wasserkräfte zu beschleunigen und zu sichern. Wenn wir das tun, so führen wir unsere eigene Sache. Ich möchte dagegen protestieren, daß ähnlich, wie es von Seite Rintelens geschieht, auch die Landesversamm-

lung den Bestand der Industrie identifiziert mit den Profitinteressen der heutigen Privateigentümer von Industriebetrieben. Heute ist die Zeit, wo man ohne weiteres erklären kann, daß die steirische Industrie existieren wird, wenn von der Alpen, Felsen, Rost nichts mehr da ist, als eine bloße Erinnerung. Die Industrie sind nicht die paar Kapitalisten, die das Geld verdienen, sondern die Leute, die in der Industrie arbeiten, und die werden da sein, wenn die ganze Kapitalistengesellschaft zum Teufel gegangen sein wird. Wir sorgen, wenn wir uns um die Erschließung der Elektrizität im Lande kümmern, nicht für die Herrschaften, die das ganze als Profitquelle betrachten, sondern wir sorgen um die Menschen, die in der Industrie arbeiten und arbeiten wollen und die bei dem Ausbau der elektrischen Kräfte Arbeit finden sollen. Da muß ich nun schon, meine Herren, sagen, daß die Ausführungen, die wir im Rittersaale gehört haben, uns veranlaßt haben, die Vorgeschichte und die Geheimgeschichte dieses ganzen Konsortiums etwas zu überprüfen. Wir haben ja, vermöge unserer Parteistellung, in der Regel gar keine Gelegenheit, in diese Kapitalistengeheimnisse hineinzusehen und erst, wenn jemand, wie es Dr. Rintelen tut, auf offenem Markte ausschreit, wo ihm der Schuh drückt, dann beginnt man näher zuzusehen und da haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß es sich nicht um das Konsortium handelt, das aus Menschenliebe die Sache unternimmt, sondern daß es mit einem anderen Konsortium sich in den Haaren liegt und ganz bestimmte kapitalistische Interessen gegenüber den Interessen der anderen Konkurrenz vertritt. Diese Wahrnehmung hat uns jeden Geschmack an dieser ganzen Aktion so gründlich verleidet, daß wir trotz aller Rücksicht auf die Parteikoalition uns für verpflichtet gehalten haben, uns hier offen auszusprechen und an die übrigen Parteien die Bitte zu richten, sich unserem Standpunkte anzuschließen. Und ich glaube, meine Herren, daß die Behandlung, die unser Appell erfahren hat, einer gründlichen Revision bedarf. Wenn ich mich mit meinen Ausführungen vielleicht in unverhältnismäßig großem Maße an die Herren Christlichsozialen gewendet habe, so geschah es deshalb, weil ich weiß, daß die deutschdemokratische Partei in ihr Programm nicht das Eintreten für gemischtwirtschaftliche Unternehmungen aufgenommen hat, sondern weil gerade jene Interessen, die die Interessen des Konsortiums sind, in dieser Partei Vertreter finden werden, so daß ich mich nicht der Hoffnung hingeben kann, mit dieser Partei ein Einvernehmen zu finden. Dagegen

glaubte ich, daß die Christlichsozialen ihrem Parteiprogramme nach sich veranlaßt sehen werden, unserem Standpunkte, das ist der Standpunkt, der Alleinverfügung des Landes über die Wasserkräfte, beizutreten, und sich mit uns zu einer Majorität in der Landesversammlung in dieser Frage zu verbinden. Ich glaubte, daß diese ganzen kapitalistischen Treibereien, die der Sache vorausgegangen waren, genügen werden, um die Christlichsozialen von jeder Neigung noch mit diesem Konsortium in Verbindung zu bleiben, zu heilen. Wenn ich mich vorläufig getäuscht habe, so kann ich das nur darauf zurückführen, daß der Standpunkt, den ich vertrete, wieder nicht sachlich, sondern nur parteipolitisch geprüft wurde. Sachlich ganz gewiß nicht! Es ist hier eine Reihe von Einwänden schon vom Herrn Berichterstatter und dann in der Debatte erhoben worden, die sich gegen den Standpunkt, den ich vertrete, richten, und sie scheinen mir doch einer Widerlegung bedürftig. Hohes Haus! Man hat sich in Kapitalistenkreisen gegenüber dem Wunsche nach Schaffung öffentlichrechtlicher Unternehmungen nach allmählicher Ausführung der gesamtwirtschaftlichen Leitung in der Hand des Staates das Schlagwort zurechtgelegt von der Minderwertigkeit öffentlichrechtlicher Betriebe gegenüber den privaten und gemischtwirtschaftlichen Betrieben. Die Kapitalisten stehen auf dem Standpunkte, das Ideal sei der Privatbetrieb, und den gemischtwirtschaftlichen Betrieb anerkennen sie nur deshalb, weil sie darin eine notwendige Konzession an die jetzt in der ganzen gemeinwirtschaftlichen Tendenz erblicken. Nun wurde zur Begründung dieses Standpunktes vom Herrn Berichterstatter auf die Staatsbahn hingewiesen, ein anderes Beispiel ist ihm nicht eingefallen. Wir haben eine ganze Reihe staatlicher Betriebe, die einwandfrei funktionieren. Dazu gehören vor allem unsere Monopolbetriebe, an deren Ausweisen absolut kein Zweifel ist. Wir haben sehr geordnete Produktionsverhältnisse in der Tabakfabrikation, in der Salzfabrikation, wir haben mit den komplizierten, umfangreichen Betrieben sehr gute Erfahrungen gemacht, und insolgedessen ist die Pauschalverurteilung rein öffentlicher Betriebe gewiß übereilt. Wenn die Staatsbahnen jene Erfolge nicht hatten, so darf nicht vergessen werden, daß wir in einem Staate gelebt haben, der durch den nationalen Streit vollständig zermürbt wurde, dessen Aktionen durch den nationalen Streit gestört wurden, daß in den Staatsbahndirektionen neben einem Deutschen drei Andersnationale gesessen sind und den Staatsäckel belastet haben, kurz, daß die

bisherige Zusammensetzung des Staates das schwerste Hindernis einer ordentlichen Verwaltung war. Wenn wir dagegen mit einem nationaleinheitlichen Staate zu rechnen haben von geringem Umfange, und wenn wir uns denken, daß wir jetzt mit einer Fülle tüchtiger Leute zu rechnen haben, denen man diese Betriebe anvertrauen kann, braucht uns um die Zukunft öffentlicher Betriebe nicht bange zu sein, und wir können ohne weiters, und da kann ich dem Herrn Berichterstatter nicht beipflichten, das Beispiel Preußens heranziehen. Aber ich möchte doch bitten, ohne mich da in fachmännische Fragen einlassen zu wollen, darauf hinweisen zu dürfen, daß die Leitung eines fertigen Elektrizitätswerkes, die doch in nichts anderem besteht, als in der Überwachung der geringen Leistungen, die in einem solchen Werke notwendig sind, eine Sache ist, die im wesentlichen von selbst geht, daß hiebei nicht solche ungeheure organisatorische oder technische Aufgaben zu lösen sind, daß sie eine öffentlichrechtliche Einrichtung nicht lösen könnte. Ich kann mir etwas Einfacheres gar nicht denken, als die Verwaltung eines Wasserwerkes, dessen Anlagekosten für ewige Zeiten feststehen, und dessen ganzer technischer Betrieb so einfach ist wie nichts anderes in der Welt. Es wird Elektrizität abgegeben, und es wird der Strompreis dafür eingehoben und das ganze Werk in Ordnung gehalten. Warum diese großartigen Probleme? Warum nur ein Kapitalistenkonsortium und nicht das Land, das viele kompliziertere Dinge zu leisten hat und mit Erfolg leisten muß, dies leisten könnte, das, meine Herren, vermag ich wahrlich nicht einzusehen, und ich bin auch durch die Ausführungen des Herrn Berichterstatters nicht eines besseren belehrt worden. Es ist uns weiters gesagt worden, daß die Kapitalbeschaffung Schwierigkeiten biete. Nun, meine Herren, zunächst darf ich sagen, wir haben dem Lande nicht das Geld, aber die Mittel auf den Tisch gelegt, um sich das Geld zu verschaffen. Wir haben dem Lande in einem eigenen Antrage nahegelegt, den Großgrundbesitz und eventuell auch gewisse großkapitalistische Unternehmungen, deren Bestand im öffentlichen Interesse nicht wünschenswert ist, in Gemeineigentum zu erwerben, zu expropriieren. Wenn Sie diesen Vorschlag annehmen, und ich zweifle nicht, daß Sie denselben annehmen werden, weil ja diese Absicht im Programm aller Parteien verkörpert ist, wenn Sie das tun, dann hat das Land bereits die Mittel, um die Wasserkräfte in Steiermark auszubauen, und wir werden sofort zustimmen, wenn Sie den Beschluß fassen werden, daß dasjenige, was das Land durch die Expropriation des

Grundbesitzes an Mitteln erwirbt, verwendet wird für den Ausbau der steiermärkischen Wasserkräfte. Damit werden Sie, meine Herren, sofort eine gewisse finanzielle Sicherstellung der Sache gemacht haben. Und ich glaube, das läßt sich sogar ziemlich rasch machen; aber ich wiederhole, ich sehe noch immer nicht ein, warum denn heute die Privatindustrie bei der Kapitalsbeschaffung uns so wertvolle Dienste leisten soll. Es wurde hier gesagt, der Landeskredit ist so unsicher. Warum soll diesen Kredit das Land nicht bekommen, wenn es mit den Gemeinden des Landes gemeinsam die Sachen unternimmt? Es wird ja nicht an einem Tage die Summe von 300 oder 400 Millionen ausgegeben und gebraucht werden, aber lange brauchen werden wir, um die Sache in Angriff zu nehmen. Die 300 Millionen nach der ersten Vorlage wird das Land aufbringen, wir brauchen nach der zweiten Vorlage 10 Millionen, nun, die wird das Land auch aufzubringen imstande sein, und es werden sich die Leistungen nur allmählich steigern, und da wird es doch gewiß möglich, für das Land jenen Kredit innerhalb des Landes als auch außerhalb des Landes zu eröffnen, der die Mittel beistellen soll. Es wurde bezüglich der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen sonst noch angeführt, daß eigentlich nichts gegen sie spricht. Es wurde gesagt, wenn man in den Statuten sich entsprechende Sicherungen schaffen kann, dann kann man ohneweiters sich gemischtwirtschaftliche Unternehmungen gefallen lassen. Dann liegt in ihnen keine Gefahr. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß erstens die Zukunft heute nicht übersehen werden kann und es sich immer wieder gerächt hat, wenn man bei der Schaffung von Einrichtungen, die Gesamtinteressen dienen müssen, den Kapitalisten auch nur den kleinen Finger gereicht hat. Es ist in dieser Woche in irgend einer Versammlung oder sonstwo, ich kann nicht sagen wo, aber ich habe davon in einer Zeitung gelesen, von den großen Leistungen der Grazer Tramway für die Stadt Graz gesprochen und gesagt worden, wie günstig die Verwendung des Anteiles der Stadt Graz an dem Ertrage des Unternehmens mit der kapitalistischen Teilnahme oder Leitung des Unternehmens sei. Und doch wissen wir, wie die Stadt Graz unter dieser Gesellschaft leidet und von Tag zu Tag darüber mehr Klage führt und jammert, daß sie unter dem Joche dieser Unternehmung ist und keinen Ausweg aus diesem Joche findet, und ich glaube, speziell den Herren Christlichsozialen brauche ich das nicht zu sagen. Wenn etwas in der Geschichte der christlichsozialen Partei rühmendwert ist, so ist es gewiß die Energie, mit

der einer aus ihrer Mitte die privatkapitalistischen Unternehmungen hinausgeworfen hat, und wir würden nur wünschen, daß Sie dieselbe Energie hier betätigen und mit derselben Konsequenz und Entschlossenheit dafür eintreten, daß nur öffentlich rechtliche und nicht privatkapitalistische Unternehmungen derartige gemeinsame Interessen verwalten. Ich glaube, durch dieses Beispiel allein darzutun, daß die öffentlich rechtliche Verwaltung durchaus nicht immer schlecht sein muß, und daß sie nicht zu Mißerfolgen führen muß, und gerade die Stadt Wien ist ein solcher Beweis, ein geschlossenes, zu übersehendes Gebiet, das nicht in der Verwaltung gestört und belästigt wird durch alle nationalen Schwierigkeiten im großen Staate Österreich. Und da haben Sie die Erfolge dieser Unternehmung wahrnehmen können, und ich glaube, daß die kleinen Erfahrungen in der Stadt Graz mit den wenigen eigenen Betrieben gewiß dafür sprechen werden, daß man lieber die Bahn des reinen eigenen Betriebes und nicht die Bahn des kapitalistischen oder gemischtwirtschaftlichen Betriebes betrifft. Wie schaut heute die Leichenbestattung aus, und andere Dinge, seitdem sie die Stadt Graz in die Hand genommen hat und sie nicht mehr der kapitalistischen Ausbeutung überlassen hat! Ich will, hohes Haus, nur erweisen durch diese Ausführungen, daß dasjenige, was Sie unseren Sündenfall nicht genannt haben, aber so gerne nennen hören, doch im Interesse des Landes gelegen ist, und daß Sie sich eines solchen Sündenfalles schuldig machen sollen. Ich weiß nicht, was die Herren veranlaßt hat, gerade diesen Standpunkt, den sie jetzt bezogen haben, zu beziehen. Sie fürchten eine Verzögerung der Sache. Fangen wir an, und es gibt keine Verzögerung mehr! Wir beschließen das Wassergesetz, und, meine Herren, vor allen ist auch das etwas, was uns bei den Ausführungen des Dr. Rintelen so eigentümlich berührt hat, und ich habe in meinen Ausführungen in der letzten Sitzung schon darauf hingewiesen, vor allem vermeiden wir doch, da Gegensätze zu schaffen, wo es keine gibt. Es gibt in der Welt keine anderen Gegensätze und in diesem Falle stehen wir vor dem alten Gegensatz zwischen dem Interesse der Gesamtheit und dem Interesse des Privatkapitals. Nun hat der Vertreter privatkapitalistischer Interessen versucht, diesen Gegensatz zu verdrehen in einen Gegensatz zwischen Staat und Land. Dazu sollte nun als Mittel der sogenannte Zentralschreck dienen. Das kennen wir schon. Da sind wir jetzt in einer Gesellschaft gewesen. Ich glaube, der Herr Kollege Wutke kann es bestätigen, und wir haben die Handel billiger haben wollen. Darauf haben die Herren gesagt: „Aha, da kommt die Zentrale“. Wenn heute jemand etwas Nütz-

liches will, so wird eben sofort gesagt: da kommt eine Zentrale. Genau so war es, was doch nur selbstverständlich und von jedermann zu begrüßen gewesen wäre, bei den veralteten Kompetenzen in unserem Staate unmöglich, diese veraltete Wirtschaft einheitlich zu gestalten und eine Stelle zu schaffen, die das ganze Elektrizitätswesen einheitlich verwaltet und fördert. Und aus dieser Presspolitik könnte jeder entnehmen, daß in Wien nicht die Absicht besteht, die Elektrizität als Wertgegenstand zu zentralisieren, sondern nur die Absicht besteht, den Ländern beizuspringen und ihnen durch eine einheitliche Lösung und Unterstützung, bei ihren Ausbaubestrebungen behilflich zu sein. Im übrigen bilden die Länder zusammen den Staat und es geschieht nur durch den einheitlichen und gemeinsamen Beschluß der Länder und gerade Steiermark ist in diesem neugegründeten Staate so wirksam, so gründlich vertreten, daß seine Interessen gewiß nicht zu kurz kommen werden.

Es wurde die Meinung geäußert und gestatten Sie mir, darauf zurückzukommen, daß unsere Stellungnahme beeinflusst sei durch den Staatsrat Dr. Ellenbogen oder, wie es geheißen hat, vielleicht auf einen Auftrag Ellenbogen's, zurückgehe. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner — ich glaube es war der Herr Landesrat Prisching — so genau informiert ist über die Art, wie wir zu unserem Beschluß gekommen. Aber es zeigt doch von einer eigentümlichen Auffassung der Art, wie wir unsere Beschlüsse fassen und vorgehen, wenn der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß wir von Dr. Ellenbogen in Wien Befehle bekommen und sie dann ausführen. Wir haben keinen Anlaß, derartige Befehle zu erhalten und Dr. Ellenbogen hat keinen Anlaß, solche Befehle zu geben. Die Person des Dr. Ellenbogen spielt nur insofern eine Rolle, als er heute als Referent des Staatsrates dem Wirtschaftsamt angehört, in welchem Steiermark nicht durch Angehörige unserer Partei, sondern durch Angehörige jener Partei vertreten ist, die ganz gewiß für den Abschluß mit dem Konsortium eintreten wird. Ich habe nicht gefunden, daß ein Anlaß vorliegt, gerade auf Seite jener Partei und jener Vertreter, die für das Konsortium sind, daß sie einen Anlaß hatten, gegen die Amtsführung des Dr. Ellenbogen Widerstand zu leisten, sondern ich habe nur gehört, daß von dem neu gegründeten Amt und von seinem Leiter alles, was die Länder in der Richtung unternehmen, unterstützt wird. Für uns besteht schon aus diesem Grunde kein Anlaß, Aufträge von Dr. Ellenbogen entgegenzunehmen und ich glaube, daß Dr. Ellenbogen gar kein Interesse daran hat. Ich wüßte nicht, welches In-

teresse er haben könnte, daß wir es vermeiden, die Geschäfte eines kapitalistischen Konsortiums zu fördern. Ich zweifle allerdings nicht daran, daß Dr. Ellenbogen als Sozialdemokrat mit unserer Stellungnahme einverstanden sein wird und daß er, wenn er hier säße, einen ähnlichen Standpunkt einnehmen würde, daß man das, was des Landes ist, nicht anderen gibt und privatkapitalistischer Ausnützung überläßt.

(Landeshauptmann Dr. von Raan übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das, meine Herren, zur sachlichen Begründung unseres Standpunktes und das mag Ihnen auch darüber Aufschluß geben, warum wir jetzt an dem im Landesrate gefaßten Beschlusse nicht festhalten können. Es sind vor dem großen Zusammenbruche auch noch andere Erwägungen für die privatwirtschaftlichen Unternehmungen in Österreich angeführt worden und die dürfen nicht verschwiegen werden, denn in der politischen Vorstellungswelt spielen sie heute noch eine Rolle, das war das nationale Element. Es ist für rein privatwirtschaftliche Unternehmungen immer angeführt worden, daß sie gewissermaßen einen sicheren nationalen Besitzstand bilden, während das, was dem Staate gehört, in Gefahr stehe, durch Angehörige fremder Nationen überflutet und der eigenen Nation entzogen zu werden. Sie haben nicht nur aus der geschichtlichen Entwicklung gesehen, wie unrichtig das ist, aber es ist auch nicht richtig in unserm jetzigen kleinen, leider so kleinen Staate. Ich bin überzeugt, daß in Zukunft dieser so kleine Staat in Unternehmungen, die ihm gehören, die Angehörigen dieser Unternehmungen national besser schützen wird, als privatkapitalistische Unternehmungen. Weil in dieser Debatte gerade das Beispiel der Südbahn angeführt wurde, dieses traurige Beispiel einer kapitalistischen Unternehmung, so möchte ich das gleichfalls heranziehen, um Ihnen zu zeigen, wie recht ich habe. Die Südbahn ist ein Unternehmen, das heute seinen Sitz in Deutschösterreich hat. Sie ist ein Unternehmen, das in seinem Verwaltungsrate nicht nur Deutsche, sondern deutschnationale Abgeordnete sitzen hat (Landesrat Dr. Schacherl: „Panitz und Kraft! Wo ist der Panitz?“); und wie es sich vor wenigen Wochen darum gehandelt hat, in einem Streik der deutschen Südbahnbediensteten den deutschen Personalbesitz an der Südbahn zu schützen, da war es der Verwaltungsrat der Südbahn, der ohne Bedenken den deutschen Besitz preisgegeben und das, was uns gehört, in Spielfeld und Radkersburg ohne weiteres in slowenischen Betrieb übergeben und die deutschen Vorstände aller Stationen hingeopfert hat. In einer Zeit, in der deutsche Eisenbahner in einem Verzweiflungskampfe

gestanden sind, in einem Kampfe, der durch diese Schwäche der deutschen Verwaltung und mitverwalteten Südbahn und von deutschen Abgeordneten als Mitverwaltern der Südbahn zum Scheitern gebracht wurde. Ich führe das an, um zu zeigen, daß nicht einmal dieser ideelle Wert den privatrechtlichen Unternehmungen beigemessen werden darf, ich werde die alten Sünden von der Heranziehung fremdsprachiger Arbeiter nicht zitieren, ich will keine nationale Debatte, man sieht, daß selbst diese ideellen Werte, die dem privatwirtschaftlichen Unternehmen angedichtet wurden, nicht bestehen, sondern daß wir froh gewesen wären, wenn die Südbahn dem österreichischen Staate gehört und von ihm verwaltet gewesen wäre.

Ich meine daher, es ist gut, sich zu bekehren. Bringen Sie mit uns jenen, die den anderen Standpunkt vertreten, Mißtrauen entgegen. Es hat der Herr Landesrat Dr. Schacherl mit Recht darauf hingewiesen, daß schon der Eintritt der Presse mißtraulich machen muß, und nehmen Sie es uns nicht übel, daß wir der bürgerlichen Presse Mißtrauen entgegenbringen, denn wir glauben nicht an ihre Sachlichkeit bei der Vertretung irgendwelcher besonderer Interessen. Wir sehen, daß die bürgerliche Presse nach ganz anderen Gesichtspunkten geleitet wird. Man tritt vorne für die Chereform ein und hat hinten Kuppelinserate, oder man tritt vorne auf gegen die Chereform — und hat hinten auch Kuppelinserate. Wir glauben daher auch, daß es der bürgerlichen Presse in derartigen Fragen auf ihr Eintreten umso weniger ankommt, wenn es einseitig im Interesse bestimmter Interessengruppen stattfindet. Mit Rücksicht darauf allein schon ist das geeignet, mißtraulich zu machen. Wir sehen, wie jetzt der Kapitalismus und diejenigen, die sich im Besitze des Kapitals gefährdet fühlen, alle Mienen springen lassen und alles in den Dienst stellen, um sich zu behaupten und nur sich irgendwo festzusetzen. Und weil wir aus den offenen und lehrreichen Ausführungen des Dr. Rintelen im Rittersaal die Wahrnehmung abgeleitet haben, daß es sich hier um dieselbe Agitation handelt, nur eine Tür aufzumachen, durch die das Großkapital Eingang finden soll, deshalb haben wir uns veranlaßt gesehen, diesen Standpunkt einzunehmen.

Ich möchte deshalb an die Herren, die nicht direkt daran ein Interesse haben, dem Konsortium behilflich zu sein, den dringenden Appell richten, uns in dieser Situation politischen Beistand zu leisten und sich mit uns zu verbinden, zu einer Schöpfung, die dem Lande Dienste leistet. Wir werden in Niemandem die Befürchtung erwecken, daß wir etwas bezwecken, da wir mit demselben Beschluß, mit dem wir das Land zu

Herren machen, dem Lande auch die Mittel bewilligen. Kann das Land die Mittel nicht aufbringen, dann werden die Gemeinden oder privatrechtliche Unternehmungen heranzuziehen sein. Aber, verehrte Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit noch gegen eine, in der Presse aufgetauchte Verdächtigung protestieren, die dahin gezielt ist, daß wir im Auge haben, das Bankkapital Steiermarks zum Herrn der Situation zu machen. Man kann gar nicht alle die Lügen ermessen, die sich an einen Standpunkt anhängen, der von allen andern als rein sachlichen Erwägungen frei ist. Herr Dr. Rintelen hat uns im Rittersaal offen zugegeben, daß er einmal einen Canossagang zu Herrn Günther angetreten hat, zum Vertreter der andern Kapitalistengruppe. Wenn er jetzt erzählt, wie schlecht es ihm da gegangen ist, so beweist das eben nur, daß er bereit war, sich mit dieser Gesellschaft zu verbinden, und daß er das nicht konnte, weil ihn die anderen nicht akzeptiert haben. Dieses Beispiel möge zeigen, daß zwischen den Bankkapitalien und den Konsortien Fäden bestehen, und daß auch ein Konsortium sich ohne Bank keine Kapitalien zu verschaffen vermag. Wenn der Herr Günther die Tür etwas weiter öffnen wird, dann werden auch die Herren wieder den Weg antreten, den sie schon einmal angetreten haben. So weit ist es nicht her mit der Abneigung gegen das internationale Bankkapital. Wir haben nicht im Auge, diese Banken zum Herrn der Situation zu machen, sondern es wird Sache des Landes, der Gemeinden, allein sein, die Mittel aufzubringen. Es wird Sache des Landes und des Staates sein, da mitzuhelfen und zu sorgen, daß wir nicht erst durch die Leistung von Kapitalisten, sondern durch eigene Leistung der Gesamtheit die Mittel aufbringen.

Ich kann daher meine Ausführungen gewiß mit der Überzeugung schließen, daß Sie ebenso wie wir, sich nicht von parteipolitischen Erwägungen, nicht von Erwägungen der Rücksicht auf Personen oder Konsortien, sondern lediglich von sachlichen Erwägungen leiten lassen werden und ebenso werden Sie, wenn Sie alles das erkannt haben, was die letzten Tage an Erkenntnis in dieser Frage geboten, zur Überzeugung kommen, daß in einer Zeit der größten Not des Landes es unmöglich ist, ein so wertvolles Gut dem Lande zu entziehen und anderen, die es nicht im Interesse des Landes verwalteten werden, zu überlassen. (Lebhafter Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

Landeshauptmann: Zum Worte hat sich gemeldet zu einer tatsächlichen Berichtigung Herr Landesrat Prißing.